

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. Verantwortlicher Redakteur (einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Post“): Emil Müller, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Stöckel, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Str. Mühlstr. 3. Fernsprechamt 1111. Inserate 1567. Redaktion 1794. Verlag und Druckerei 901. — Schlußredaktion Seite 404.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschließlich Zustellung 2.25 Mk., monatlich 80 Pf. Beim Abholen von der Expedition und bei Auslieferung vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 Mk. ohne Zustellung. Einzelne Nummern 5 Pf. — Inserationsgebühr: die gespaltene Kolonelle 15 Pf., Inserate von außerhalb 25 Pf., im Klammertell. Seite 1 Mk. Postkontonummer: Nr. 5288 Berlin. — Einmaliger Rabatt kann bewirkt werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Nr. 26.

Magdeburg, Freitag den 31. Januar 1918.

24. Jahrgang.

Abbruch der Friedensverhandlungen!

Die Verbündeten brechen ab.

Oft genug haben sie damit gedroht, am Mittwoch haben sie Ernst gemacht. Im Auftrag der verbündeten Delegierten übergab der serbische Delegierte Gruičič dem türkischen Geschäftsträger die folgende schriftliche Mitteilung:

Da die Bevollmächtigten der verbündeten Staaten seit der Suspension der Arbeiten der Friedenskonferenz vergeblich während dreier Wochen auf eine Antwort der ottomanischen Bevollmächtigten auf ihre Forderung gewartet haben, und da, wie es scheint, die Ereignisse in Konstantinopel die Hoffnung beseitigen, zu einem Friedensschluß zu gelangen, sehen sie sich zu ihrem großen Bedauern gezwungen zu erklären, daß die am 16. Dezember vergangenen Jahres in London angeknüpften Verhandlungen am 28. Januar 1918 in London abgebrochen wurden.

Aus Sofia kommt ferner ein Telegramm, wonach der bulgarische Ministerrat beschlossen hat, den Waffenstillstand am heutigen Donnerstag zu kündigen. In Einklang mit diesem Beschluß hat der bulgarische General Sadow an die vor der Tschataldschalinie liegende Armee folgenden Tagesbefehl gerichtet:

Aus dem Gange der Friedensverhandlungen geht klar hervor, daß der Feind nicht einen Zoll breit des Landes abtreten will, das von unsern siegreichen Armeen erobert worden ist. Sollen die Helden von Kiflikisse, Bunar Gissar, Lüle Burgas und Tschataldscha diese Verschönerung der unzureichenden bulgarischen Armee hinnehmen, ohne sie zu vergelten? Bereitet euch deshalb für neue Siege vor, und mit euerem unüberwindlichen Vorwärtsschreiten beweist dem Feinde und der ganzen Welt, daß das bulgarische Vaterland mehr Rücksicht verdient.

Danach wäre die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten eine Frage von Stunden. Das heißt: auf dem Papier. In der rauhen und schwierigen Wirklichkeit wird's nicht so schnell gehen. Denn nur Bulgarien flücht mit dem Säbel, die übrigen Verbündeten, vor allem die Serben, verhalten sich noch mäuseförmig. Die Bundesstreue hätte aber verlangt, daß sie zur selben Stunde dieselbe Entschlossenheit und dieselbe Entschlußkraft gezeigt hätten. Da es hieran mangelt, so liegt der Schluß nahe, daß die Bündnistreue in diesen Stunden einer schweren Belastung unterworfen wird, von der man noch nicht wissen kann, wie sie ausgeht. Denn Serbien hat durch die Wiederaufnahme des Krieges nichts mehr zu gewinnen, Montenegro hat noch mit Stutari zu tun; Griechenland aber, das die Kämpfe überhaupt nicht eingestellt, hat nur noch Interessen zur See zu verteidigen; dagegen bleibt für Bulgarien das wichtigste Ziel des Krieges, Adrianopel, noch zu ertingen. Fragt sich, ob die Verbündeten so viel Treue aufbringen, um lediglich für bulgarische Interessen zu streiten und zu bluten.

Jedoch, das ist die Frage von übermorgen. Heute interessiert uns mehr die Frage von heute, ob der Abbruch der Friedensverhandlungen überhaupt ernst gemeint ist. Es liegen Tatsachen vor, die es gerechtfertigt erscheinen lassen, wenn man daran gewichtige Zweifel hegt. Die montenegrinischen Delegierten bleiben vorab schon vergnügt in London sitzen; auch die serbischen Delegierten rühren sich nicht und selbst die Bulgaren packen noch nicht die Koffer. Es scheint also, daß die Note der Verbündeten in der langen Reihe der Drohungen die sinnfälligste sein soll und daß die Delegierten sich nach wie vor bereit halten und heilsfroh wären, wenn die abgebrochenen Verhandlungen schleunigst wieder angeknüpft würden.

Zu der gleichen Meinung kommt man, wenn man sich die Geschehnisse oder richtiger die Versäumnisse der letzten Wochen ins Gedächtnis zurückruft. Vor 6 Wochen, am 16. Dezember, setzten sich nach dem Abschluß des Waffenstillstandes von Bafschikoi die Unterhändler Bulgariens, Serbiens und Montenegros mit den Abgeordneten der Türkei als Gäste des englischen Premierministers Edward Grey an den grünen Tisch des St.-James-Palastes, um einen Frieden zu zimmern, an dem der vierte der Verbündeten, Griechenland, noch erst nachträglich teilhaben wollte. Etwa zur gleichen Zeit setzten sich auch die Londoner Botschafter der Großmächte zu Kaffee und guten Zigarren zusammen, um sich über Adriaachen, Albanien und zukünftige serbische Größe zu unterhalten. Die Botschafter tranken noch immer, in gebührenden Abständen, plaudernd ihren Kaffee und rauchten ihre Zigarren. Viel weiter als bei ihrem ersten Plauderstündchen sind sie noch nicht gekommen. Sie haben mehr Zeit als die Verbündeten oder vielmehr deren Auf-
taggeber in Sofia, Belgrad und Cetinje, wo man über die

großen Ehesen für die resultatlosen Großstadtabenteuer der Abgesandten nicht gerade sehr erbaunt war und aus tausend Gründen eine Verzögerung in die Unendlichkeit hinein nicht gut aushalten konnte.

Schon in den ersten Tagen des Januar war es nicht weitergegangen. Da griff die Note der Großmächte ein, vor deren Beantwortung man nun jetzt, nach gut 2 Wochen, steht. Als die Balkanregierungen dabei drängten, die Pforte sich aber ruhig Zeit ließ, begann man ein liebenswürdiges Verblüffungsspiel, das den Türken zeigen sollte: Wir fürchten Gott und sonst nichts in der Welt. Als diese aber — sie haben Phlegma — sich nicht aus der Ruhe bringen ließen, da wurden plötzlich die Unterhändler von London inkompetent und gaben an ihre Regierungen das Recht der Kündigung des Waffenstillstandes zurück.

In dieser Lage sind nun, nach vor der Ueberreichung der Pfortennote an die Mächte, die Verhandlungen abgebrochen worden, nachdem den Jungtürken der Putz gelungen und der alte, friedliche und nur zwecks „Wahrung des Gesichtes“ zögernde Kamil in der Versenkung verschwunden war.

Was nun kommen wird, weiß bestimmt niemand. Aber sicher will uns vorderhand scheinen, daß die Kanonen zunächst noch nicht sprechen werden. Es sprechen zu viele Gründe für diese Annahme, nicht allein die oben angeführten, sondern auch die schon des öfters dargelegten, Erwägungen, daß keine der Parteien für die Offensibe gerüstet ist. Daher liegt es näher anzunehmen, daß der Abbruch der Verhandlungen nur ein Bluff ist, der nebenbei bezweckt, die Politik der Verbündeten gegen die Türkei von den Mächten Europas führen zu lassen. Die Balkanstaaten blaffen, Rußland blafft und Rumänien tut das gleiche. Viel Lärm, aber wenig ernste Entschlossenheit. Als Bismarck, Disraeli, Andrassy und Schadow die europäische Diplomatie repräsentierten, wurde in gleicher Zeit auf dem Berliner Kongreß unter den widerstreitenden Interessen dreier Großstaaten, der Türkei und der Balkanvölker immerhin ein für 30 Jahre haltbares Kompromiß geschaffen. Heute bei weit klareren Verhältnissen gelangt man keinen Schritt weiter. Ob da wohl der Unfähigkeit der Diplomaten nicht doch ein gut Teil der Schuld anzukreiden ist?

Die Blamage der Diplomaten.

Die Frage muß entschieden mit Ja beantwortet werden, wenn man sich klar macht, was die Mächte wollten und was sie nun tatsächlich erreicht haben. Sie wollten die Friedensverhandlungen beschleunigen und haben jetzt glücklich erreicht, daß sie formell abgebrochen worden sind.

Die Diplomaten der sechs Mächte vereinigten nämlich ihre ganze Aufmerksamkeit weniger auf die Balkanstaaten, als darauf, nicht einander in die Haare zu geraten. Deshalb wagen sie sorgfältig ab, daß die eine Gruppe in Albanien nicht mehr durchzieht, als die andre in der Rolle der Beschützerin der Balkanstaaten erreichen kann. Adrianopel wurde sozusagen gegen die Ausschließung Serbiens vom Adriatischen Meer ausgetauscht. Doch bei diesem Tauschgeschäft ward vergessen, daß der Friede nicht in einem Ausgleich zwischen den Aspirationen des Wiener und des Petersburger Kabinetts gefunden werden konnte. Wer den Frieden fördern wollte, hatte zu ergründen, was der Sieger unerlässlich-bekommen mußte und was dem Besiegten nach den psychologischen Voraussetzungen, die im Empfinden des türkischen Heeres walteten, zuzumuten war. Wenn Bulgarien in der Adrianopeler Frage je nachgegeben hätte, so steht es bei derselben Frage heute vor der Schwierigkeit, daß es mit Adrianopel auf etwas verzichten müßte, was ihm Europa bereits gewährt hat.

Die Willensäußerung der sechs Mächte und die Ablehnung der Jungtürken treten einander jetzt schroff gegenüber. Dadurch wurde der Gegensatz auf dem Balkan nicht überbrückt, sondern verstärkt und vertieft; so sehr, daß jetzt der Abbruch der Friedensverhandlungen erfolgt ist. Nicht genug damit, sind die Vertreter der Mächte untereinander mißtrauisch; ihr Verhalten vor und besonders hinter den Kulissen wird von recht verschiedenen Interessen und Bestrebungen bestimmt. Die französische Presse ist nicht ohne Grund aufgeregt, wenn sich bewahrheiten sollte, daß die Deutsche Bank mit dem Konstantinopeler Tramwayanlehen zugleich eine Voranschleifung für die Türken verbunden hat. Denn die Mächte haben sich öffentlich doch darauf geeinigt, der Türkei so lange keine finanzielle Unterstützung zu gewähren, als sie nicht den Weg des Friedens beschritten hat. Mit noch größerem Rechte dürfen als Verletzung der

Solidarität die Dreimächte das Vorgehen Rußlands hervorheben, seine Drohungen in Konstantinopel, mit dem Bruche der Neutralität im Fall eines neuen Krieges, Drohungen, die selbst schon ein Bruch der Neutralität sind und die, wie fast verständlich, das Gegenteil der berechneten Wirkung erzielen, indem sie wesentlich dazu beitragen, die Stimmung zugunsten der Jungtürken zu wenden. Und zu guter Letzt Rumänien, das ohne jede Rücksicht auf die allgemeine Wirkung seines Vorgehens gerade die bedrückendsten Augenblicke aussucht und ausplüht, um seine heftigsten Vorstöße zu machen und dadurch in Konstantinopel zugleich die Kriegsstimmung zu steigern! Allein auch die Politik Rumäniens bewegt sich doch nicht in lustleerem Raum und steht keineswegs außer Verbindung mit den Plänen und Vorsätzen der Großmächte.

So zeigt sich, daß Europas hoher Rat, der bei Ausbruch des Krieges zum erstenmal Bankrott anlagen mußte, jetzt bei der freiwillig übernommenen Aufgabe, den Frieden zu stiften, zum zweitenmal einen moralischen Zusammenbruch erlebt.

Deutsche Botschafter gießen Del ins Feuer.

Die allgemeine Diplomatenblamage wird natürlich begleitet von besondern Entgleisungen, die sich deutsche Diplomaten haben zuschulden kommen lassen. Nämlich ausgerechnet in diesen Tagen der beschärften Spannung hat die deutsche Regierung ihre Botschafter in aller Welt losgelassen, um nach aller schlechter Gewohnheit bei festlich geschmückter Tafel das sogenannte Evangelium der gebanzerten Faust zu verkünden. Während in Paris der Freiherr von Schön den „ehernen Auf“ erschallen ließ, „einzutreten für Deutschlands Gut und Leben“, hat der Freiherr von Wangenheim in Konstantinopel eine fürchterliche Warnung an alle und jeden ergehen lassen, der es wagen könnte, den Finger an Anatolien zu legen. Das auffällige Zusammentreffen der Pariser und der Konstantinopeler Botschafterreden erklärt sich aber nicht politisch, sondern kalendrisch. Man hat am 27. d. M. den Geburtstag des Kaisers gefeiert, und dazu gehört nicht nur Braten und Wein, sondern natürlich auch eine Rede in der bekannten gehobenen Stimmung. Für Kaisergeburtstagsfeiern hat sich eben ein feiertaglicher Ritus herausgebildet, und zu dem gehört, daß an diesem Tage alle Feinde Deutschlands zu Wurst gehäckt und auf dem Braut gefressen werden.

Glücklicherweise hat sich das Ausland an diesen seltsamen, von den Gemohnheiten anderer Kulturen abweichenden Brauch schon so weit gewöhnt, daß derartige Reden nicht mehr die Wirkung üben wie in früheren Zeiten. Man weiß, es ist nicht so schlimm gemeint, und man bescheidet sich damit. Zum Beispiel dieser Freiherr von Schön, den man als Staatssekretär im Reichstag gesehen hat, ist zweifellos ein braver Mann; er ist von Natur die Friedensliebe selbst und aus Neigung ein Freund Frankreichs. Aber das hilft nichts! Naht der kritische Tag und die kritische Stunde — nämlich nicht der Tag des Weltkriegs, sondern der 27. Januar —, dann verwandelt sich auch dieser friedliebende Sprößling des heftigen Leberpatriziats zu einem sporenflürenden Eisenfresser.

Schwieriger liegt schon der Fall Wangenheim. Man denke: Am 28. — also am Tage danach — antwortet die Regierung auf eine Frage Wassermanns wegen der angelegten Aufteilung der asiatischen Türkei durch die Mächte der Tripelente: unzweideutige und vertrauenswürdige Erklärungen der betreffenden Mächte liegen das Vorhandensein einer derartigen Vereinbarung als ausgeschlossen erscheinen. Am selben Tage meldet der Pariser „Matin“ aus Konstantinopel, der dort beglaubigte deutsche Botschafter habe bei einem Kaisergeburtstagsessen erklärt, heute ebensowenig wie in der Zukunft werde jemand die Hand an Anatolien legen können, wo wir Lebensinteressen haben. Wenn die Türkei ihre Zukunft in Kleinasien suche, dann werde dies ein Rühmlichdichtan der deutschen Politik bilden. Also trotz der unzweideutigen Erklärungen der Mächte spricht Wangenheim ebenso unzweideutig von „Lebensinteressen“ des Reiches — die Bedeutung dieses Ausdrucks im diplomatischen Sprachgebrauch dürfte ihm wohl geläufig sein — und tut damit so, als ob die Aufteilung der asiatischen Türkei vor der Tür stehe und als ob es geschehen würde, sobald dieser Fall einträte.

Auch bei der weitestgehenden Rücksicht auf die patriotische Stimmung animierter Stunden muß man diese Sol-

lung des deutschen Vorkämpfers in Konstantinopel bedenklich finden. Die Bedenken werden noch vermehrt durch die Haltung der bürgerlichen deutschen Presse, die es immer auch hier wieder für ihre nationale Pflicht hält, die rasselnden Reden der Offiziellen mit Gurragegeschrei zu begleiten. Trotz der zahlreichen Enttäuschungen, die man erlebt hat — und man hat sich gern enttäuschen lassen, denn die Spannkraft der Brust ist gar nicht so weit, wie es scheint — trotzdem es also immer bloß blinder und schädlicher Värm gewesen ist, kann man sich nicht enthalten, die patriotischen Rasselgeräusche noch zu vermehren. Man macht alle Dummheiten der Diplomatie mit und nachher schimpft man über sie.

Wer aber den 27. Januar mit klarem Kopf und ohne Kagenjammer überstanden hat, den wird nicht nur die Lächerlichkeit dieses Treibens abstoßen, er wird sich auch sagen müssen, daß die Zeiten zu solchen Entgleisungen zu ernst sind. Wenn der Weltfriede gesichert ist, mag man die patriotische Kindertrumpete blasen, soviel man will: manchen macht es Spaß und keinem schadet's. In einer so ernsten und schwierigen Situation wie der gegenwärtigen sollte man sich aber bemühen, an allen Tagen des Monats so vernünftig wie möglich zu sein.

Wenn die Mächte die „unzweideutige und vertrauenswürdigere“ Erklärung abgegeben haben, sie dächten nicht an die Aufteilung der Türkei, dann soll man ihnen nicht ins Gesicht schreiben, daß sie lügen und daß man ihnen nicht traut. Wenn keine Gefahr besteht, daß jemand die Hand an Anatolien legt, wo die Deutsche Bank umfangreiche Geschäfte, aber das deutsche Volk keine „Lebensinteressen“ zu vertreten hat, dann soll man auch gegen niemand Drohungen ausstoßen.

Dem deutschen Reichskanzler Theobald Bethmann-Hollweg ist einmal in seinem Leben ein gutes Wort gelungen. Das war damals, als er, gegen Junker Seydewitz gewendet, sagte, der Starke brauche das Schwert nicht im Munde zu führen. Es war das die niedrigste Selbstverpottung der deutschen auswärtigen Politik, eine wahr Generalaburteilung der seit 25 Jahren „bewährten“ Methoden, und dieses Wort trifft die neusten Leistungen ebenso wie alle seine zahlreichen Vorgänger. Man braucht nicht voreilig den Schluß zu ziehen, daß der an die Wand gemalte Teufel nun wirklich kommen müßte. Viel wahrscheinlicher ist, daß die deutsche Diplomatie, die nichts gelernt und alles vergessen hat, nur wieder einmal im Begriff steht, das Lächeln der Welt zu erregen.

Letzte Meldungen.

Bd. Berlin, 30. Januar. (Eigener Drahtbericht der „Volksstimme“.) Der Direktor der Deutschen Orientbahn in Konstantinopel telegraphiert nach Berlin, daß sich die Situation über Erwarten günstig gestalte. Die türkische Regierung biete den Bulgaren die Hälfte von Adrianopel. (Womit die Bulgaren nach dem Vorgehen der Mächte natürlich nicht zufrieden sind. Red.)

Bd. Berlin, 30. Januar. (Eigener Drahtbericht der „Volksstimme“.) In Berliner diplomatischen Kreisen wird heute die Situation ruhiger beurteilt. Man akzeptiert die Ansichten, die der russische Minister des Auswärtigen getan hat und die dahin gehen, daß die Beschlüsse der Balkan-Deputierten an der ganzen Situation nichts ändern können. Die Entscheidung in dieser Frage liegt nach wie vor bei den Großmächten. Ebenso wird die Eröffnung der Feindseligkeiten auf den Gang der Entwicklung keinen Einfluß haben. (Was selbstredend eine leere Redensart ist. Wenn nochmals die Kanonen donnern, wird der „Gang der Ereignisse“ ganz beträchtlich beeinflusst werden. Vielleicht nicht nur auf dem blutigen Boden des Balkans. Red.)

Bd. Konstantinopel, 30. Januar. (Wiener Telegramm.) Das jungtürkische Komitee hat eine Proklamation veröffentlicht, in der es die Bildung eines Komitees für die nationale Verteidigung anzeigt. In der Proklamation heißt es: „Seit 600 Jahren war die Türkei nicht in solcher Lage. Das Vaterland ist in Gefahr. Unsere Pflicht ist es, das heilige Erbe unserer Vorfahren, unsere Glauben, unser Vaterland, unsere Nationalität und unsere Ehre bis zum äußersten zu verteidigen. Wenn wir versäumen, diese Pflicht zu erfüllen, werden wir von der Nachwelt und der Geschichte verdammt werden. Wir haben endgültige Beschlüsse getroffen, die türkische Herrschaft über Adrianopel und die Inseln sicherzustellen und in allen andern von den Feinden besetzten Orten unsere nationalen Rechte und Interessen soweit möglich zu verteidigen. Wir rufen alle Türken zur Hilfe und werden jede Hand ergreifen, die sich zur Rettung des Vaterlandes darbietet.“

Bd. Konstantinopel, 30. Januar. Die im Ministerium des Innern beschickte Note, wird die Antwortnote der Porte, die noch einige Änderungen erfahren haben soll, heute nachmittags dem Reichskanzler überreicht werden.

Bd. Konstantinopel, 30. Januar. Der Kriegsminister hat eine Depesche des Kommandanten von Janina erhalten, die besagt, daß die feindliche griechische Armee im Süden von Janina sich seit 20 Tagen untätig im Beobachtungszustand befindet. Die feindlichen Kolonnen in der Gegend von Albanien seien zurückgezogen worden. Bescheid von Metsovon habe zwischen türkischen Abteilungen unter dem Kommando des Hauptmanns Bekir und zwei feindlichen Bataillonen ein Gefecht stattgefunden. Letztere seien geschlagen worden. (In dem türkischen Telegrammen liegen stets die Tücken, in den griechischen die Gruben. Red.)

Bd. London, 30. Januar. (Abdruck des Aristokratischen Anzeigers.) In dem von Marquis und Duchess angelegten Protokoll fordert Rumänien eine Garantie, die sich von Venedig, einem Punkt an der Donau, ungefähr fünfzig Meilen westlich von Serbien, bis Batschka am Schwarzen Meer erstreckt. Rumänien verlangt ferner Garantien für die Annahme der Schiffe und Fische der Rumänen in dem Gebiet, das Bulgarien gesellen wird. Es wird erklärt, daß Rumänien diese Zugeständnisse beding-

mit Rücksicht auf die großen durch den Krieg hervorgerufenen Veränderungen des politischen Gleichgewichts, die für die zukünftige Freundschaft zwischen Bulgarien und Rumänien weitere Garantien für Rumänien erforderlich machten.

Pc. Paris, 30. Januar. „Echo de Paris“ meldet aus Konstantinopel, daß die Nachricht von dem Vorschlag, den die Deutsche Bank an die türkische Regierung gewährt haben soll, demontiert wird. — Die Nachricht von der Aufkündigung des Waffenstillstands und dem Abbruch der Verhandlungen ist in Konstantinopel gestern abend erst spät bekannt geworden, machte jedoch auf die Bevölkerung nicht den geringsten Eindruck. Obwohl Extrablätter ausgerufen wurden, in denen die neue Wendung der Dinge verkündet wurde, kümmerte man sich absolut nicht um die bevorstehenden Ereignisse.

Pc. Paris, 30. Januar. Der bekannte Flieger Jules Bedrines hat gestern abend Paris verlassen und begibt sich nach dem Balkan in Begleitung seines Bruders Emil und einer Anzahl anderer französischer Flieger. Bedrines soll die serbischen Aeroplane inschuldigen.

Pc. Paris, 30. Januar. Ueber den Inhalt der türkischen Antwortnote sind wir in der Lage, folgende Einzelheiten zu veröffentlichen: Die Türkei hat in betreff Adrianopels den Verbündeten neue Konzessionen gemacht, indem sie die Schaffung einer neutralen Zone um Adrianopel vorschlägt. Die Befestigungen von Adrianopel sollen niedergelegt werden. Nach gemeinsamer Beratung soll eine Verwaltung von Adrianopel eingesetzt werden. In bezug auf die Inseln des Ägäischen Meeres wünschen die Türken wenigstens die nominelle Souveränität aufrechterhalten zu sehen. Was die andern auf die Inseln bezüglichen Fragen betrifft, so legt die Türkei das Geschick der Inseln in die Hände Europas. Inbezug weigert sich die Türkei, irgendwelche Kriegsentwicklungen zu zahlen; sie verlangt im Gegenteil, daß ihr für die besetzten Gebiete zur Deckung der Staatsschulden von den Verbündeten eine namhafte Summe gezahlt werde.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 30. Januar 1913.

Delbrüchchen, hüte di!

Es muß wieder vorausgeschickt werden, daß die Konservativen keine — Ministerstürzer sind. Gewiß und wahrhaftig nicht. Aber, wie neulich die „Kreuzzeitung“ bemerkte, wenn ein Minister anders will als sie, dann sagen sie ihm freimütig die Meinung, und das besorgen sie jetzt dem Staatssekretär Delbrück gegenüber mit aller Gründlichkeit. Um die Geschichte nicht einschlafen zu lassen, haben sich ihre Organe in die Arbeit geteilt: „Kreuzzeitung“, „Post“, „Deutsche Tageszeitung“ werfen einander den Ball zu, und wenn das eine Blatt einmal Atem schöpft, fängt das andre an.

Herr von Zedlitz hatte sich in der „Post“ über die Reden Delbrücks zur Frage des Wohnungsgesetzes indigniert:

Der Beifall der demokratischen Presse darüber, daß er den starken Mann gegenüber Krusen markiert und einen Gegenstoß zwischen der Zentralfelle des Reiches und dem preussischen Staatsministerium erkennen läßt, wird ihm doch schwerlich darüber hinweggetaucht haben, daß seine Äußerung in allen Kreisen gut preussischer und staatserkaltender Gesinnung ganz außerordentlich befremdet hat.

Da hast jetzt die „Deutsche Tageszeitung“ wieder ein. Sie will sich nicht jeden Ausdruck des Freiherrn v. Zedlitz zu eigen machen — man markiert den Vornehmern, um jenen Worten ein um so größeres Gewicht zu verleihen —, aber das müßte sie denn doch jagen, daß das Vorgehen des Staatssekretärs in allen Kreisen stark befremden müßte. In seinen Äußerungen habe die Absicht gelegen oder es habe aus ihnen wenigstens auf die Absicht geschlossen werden müssen, einen Druck auf Preußen auszuüben, und das sei bisher bei einem preussischen Staatsminister nicht üblich gewesen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ geht bei ihrer Kritik davon aus, dem Staatssekretär habe als preussischem Staatsminister am 21. Januar, als er mit dem Reichsgesetz drohte, bekannt sein müssen, daß ein preussischer Gesetzesentwurf fertig ausgearbeitet war, daß über den Zeitpunkt der Einbringung dieses Entwurfs aber noch kein Beschluß gefaßt worden war. Und am 22. Januar, als er seinen Rücktritt in Aussicht stellte für den Fall, daß er sein Versprechen nicht erfüllen könne, habe er nach menschlicher Voraussicht genützt, daß der Entwurf am 23. Januar der Öffentlichkeit unterbreitet werden solle.

Nach menschlicher Voraussicht — ja. Sicher aber ist es noch keineswegs. Und wenn Herr Delbrück es am 22. Januar genützt hat, am 21. wußte er es bestimmt nicht. Und wahrscheinlich weiß er bis heute noch nicht, ob die preussische Staatsregierung bis zu dem Termin, den er sich und ihr gestellt hat, den Gesetzesentwurf nun auch im preussischen Landtag einbringen wird. Was die Herren von der Rechten tun können, um das zu verhindern, werden sie jedenfalls nicht unterlassen, und die „Deutsche Tageszeitung“ spricht schon jetzt von gewissen äußern Umständen, die nahe genug liegen, durch die die preussische Regierung verhindert werden könne, den Entwurf noch im Herbst dem Landtag zu unterbreiten. Ist der Einfluß der Rechten auf das preussische Staatsministerium stark genug, so hintertreibt sie nicht nur die baldige Beratung eines ihr unsympathischen Gesetzesentwurfs, sondern sie zwingt auch den „bestrebenden“ und „nicht üblichen“ Staatssekretär, seinen Abschied zu nehmen, wenn er nicht als vorüberdaunder dastehen will. Aber die Konservativen stürzen keine Minister.

Parlamentarische Redefreiheit.

Herr Kämpf hat am Mittwoch im Reichstag dem Abg. Wendel einen Ordnungsruf erteilt, weil er — notabene in Anführungszeichen — die Leitung des Königreichs Polen ein politisches Verbrechen genannt hatte. Es half dem Redner nichts, daß er sich auf den Freiherrn vom Stein als den Urheber dieses Wortes berief: „Der Freiherr vom Stein“, verkündete der Präsident voller Ernst und Würde, „hat dem

Reichstag nicht angehört und ich muß gegen unparlamentarische Ausdrücke einschreiten.“

Lassen wir den Freiherrn vom Stein beiseite. Die Frage aber darf wohl einmal aufgeworfen werden, wie all ein politisches Ereignis sein muß, damit im deutschen Reichstag eine freie Kritik an ihm geübt werden darf. Wenn die Teilnahme der preussischen Regierung an der Teilung Polens im Jahre 1772 außerhalb der Kritik steht, so werden wir wohl bald auch erleben, daß der freisinnige Herr Kämpf die Regierungstatsen Albrechts des Bären (Mitte des 12. Jahrhunderts) für faktosant erklärt.

Die Domänen.

In der Mittwochssitzung des Dreiklassenhauses wurde der Domänenetat beraten. Der preussische Staat hat einen Grundbesitz in dem gewaltigen Umfang von 450 000 Hektar, fast durchwegs gut benutzbares Land, das nicht in eigener Regie bewirtschaftet, sondern zu festen Geprägen an Domänenpächter vergeben wird. Die Pächter sind, wie Genosse Leinert in mehreren sachkundigen Reden ausführte, im allgemeinen recht niedrig, was daraus ergibt, daß die Domänenpächter gewöhnlich durchaus bereit sind, auch sehr respektable Erhöhungen der Pachtsummen in Kauf zu nehmen. Der Staat könnte also hier wohl mehr herauswirtschaften. Die Domänen könnten aber auch sehr viel dazu beitragen, die Fleischversorgung Deutschlands im Inland sicherzustellen.

Minister Schorlemer nannte zwar gewaltige Zahlen über die Viehhaltung auf den Domänen, aber Genosse Leinert wies nach, daß der Viehstand auf den Staatsgrundbesitzungen nicht größer ist als im Staatsdurchschnitt, wobei aber in diesem letzteren Falle die weiten landwirtschaftlich unbenutzbaren Flächen des Staates mitgerechnet sind. Natürlich fielen alle Anregungen unsers Redners und auch die Kritik des Fortschrittlers Hoff an dem jähen Widerstand der Junker gegen die innere Ansiedlung auf steinigern Böden. Das Haus der Großgrundbesitzer hat dafür kein Interesse! Am Donnerstag dürfte über den Verkauf des Grünwaldes an die Stadt Berlin beraten werden und nachher der Etat der Seehandlung.

Herrenarbeit.

Das preussische Herrenhaus trat am Mittwoch wieder einmal zusammen und hielt, wie das dort zuweilen vorkommt, eine Sitzung ab, in der nicht eine einzige Debatte geführt wurde. Auf der Tagesordnung standen eine Anzahl Petitionen, von denen nur die der Bäckerinnungen auf schärfere Besteuerung der Konsumvereine erwähnenswert ist. Nach einem im Lärm der Privatgespräche untergeordneten Referat des Obermeisters Plate (Hannover) wurde diese Petition teils als Material, teils zur Berücksichtigung an die Staatsregierung überwiesen, über den Antrag auf Verbot des Warenverkaufs an Nichtmitgliedern in Konsumvereinen wurde zur Tagesordnung übergegangen.

Freitag wird vielleicht das Wassergesetz beraten werden, vielleicht auch nur kleinere Vorlagen.

Die revolutionären Nationalliberalen.

Der „Petroleur von Mannheim“, wie Herr Wassermann gelegentlich von konservativer Seite genannt worden ist, hat in seinen umstürzlerischen Bestrebungen einen Kameraden in der Gestalt des sächsischen nationalliberalen Abgeordneten Nitschke erhalten. Der hat neulich in einer Versammlung die Reform der sächsischen Ersten Kammer gefordert, und als ein Sozialdemokrat dazwischen rief, das sei aussichtslos, die Alternative gestellt: Dann müssen wir überhaupt einpacken, oder wir müssen Revolution machen. Diese vaterlandslose Drohung ist von der konservativen Presse mit der gebührenden Entrüstung festgenagelt worden. Die Nationalliberalen haben zwar schleunigst erklärt, Herr Nitschke habe das mit der Revolution nur ironisch gemeint, aber die „Germania“ runzelt die Stirn und meint, eine derartige Ironie scheine einem Sozialdemokraten gegenüber wenig angebracht. Herrn Nitschke werden alle Ausreden nichts helfen, er ist in den Verdacht umstürzlerischer Gesinnung geraten, und die Konservativen, die die Mahnung Rupprechts, des Gründers des Bundes der Landwirte, unter die Sozialdemokratie zu gehen, ebenso vergessen haben wie die Drohung des „Sächsischen Vaterlandes“ mit dem Strachen der Throne, werden schon dafür sorgen, daß der Petroleumgeruch der Nationalliberalen nirgendwo geheim bleibt.

Haß gegen Preußen.

Herrn Traub, dem freisinnigen Abgeordneten im Kreise Zeltow-Beestow-Storkow, sagen die Konservativen nach, er habe einmal erklärt, daß er dieses Preußen hasse. Die „Liberalen Korrespondenz“ verteidigt Herrn Traub:

Es ist ihm natürlich nie eingefallen, eine solche Behauptung aufzustellen; im Gegenteil, er hat nur gesagt, er hasse die Leute und die politischen Parteien in Preußen, die dem preussischen Volke nicht dieselbe politische Bewegungsfreiheit zuerkennen wollten, wie sie heute dem sächsischen Volk auf Grund eines freieren Wahlrechts gegeben worden sei. Nicht Preußen hasse er, sondern die Gruppen in Preußen, die das preussische Volk nicht zur politischen Mündigkeit aufsteigen lassen wollen.

Dieser Haß des Herrn Traub ist anerkennenswert. Die Freisinnigen aber möchten wir nur ganz leise daran erinnern, wie viele von ihnen sich aufgeregt haben, als Scheide- mann am 17. Mai 1912 im deutschen Reichstag dem Sinne nach genau daselbe über das preussische System gesagt hatte, was jetzt die Liberalen mit Fug als eine berechtigte und einwandfreie Kritik bezeichnen.

Generalstreik für das Wahlrecht.

„Der Parteitag fordert die Parteileitung auf, im gegebenen Moment den auf das ganze Land sich erstreckenden Massenstreik zu verkünden. Der Parteitag ermächtigt die Parteileitung, alle auf den Massenstreik Bezug habenden Verfügungen bis in die letzte Einzelheit zu treffen.“ So hat es der außerordentliche Parteitag der ungari-

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 26.

Magdeburg, Freitag den 31. Januar 1913.

24. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

100. Sitzung.

Berlin, 29. Januar, nachm. 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Lisco.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation der Polen über die

Enteignung polnischer Gutsbesitzer.

Die Interpellation lautet: Die preussische Staatsregierung hat die Enteignung polnischer Gutsbesitzer für die Zwecke der Ansiedlungskommission in Angriff genommen. Was gebietet der Reichskanzler zu tun, um dieser mit dem Geiste der Reichsverfassung und mit der Reichsgesetzgebung unvereinbaren, in politischer wie sozialer Beziehung die Verhärterung aufs tiefste erregenden Maßnahmen entgegenzutreten?

Auf die Frage des Präsidenten, ob und wann die Interpellation beantwortet werde, erwidert

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Lisco im Namen des Reichskanzlers: Die Interpellation betrifft die Handhabung des preussischen Gesetzes vom 20. März 1908 über die Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreußen und Posen, das dem Staate das Recht verleiht, für die Ansiedlungskommission Grundstücke zu enteignen. Den gleichen Gegenstand betraf schon die Interpellation der Polen im Jahre 1908 vor Erlass dieses Gesetzes. Damals erklärte mein Amtsvorgänger: Die Reichsverfassung enthält keine Bestimmung, die dem Gesetzgeber, Vorgehen eines Bundesstaates, das die Enteignung von Grundstücken zum Gegenstand hat, entgegensteht. Auch das bürgerliche Gesetz enthält solche Bestimmungen nicht. Die Maßnahme, auf welche die Interpellation sich bezieht, gehört somit zur Zuständigkeit der Landesgesetzgebung, die dabei nach den Vorschriften und dem Geiste der Reichsverfassung einer Einwirkung der Organe des Reiches nicht unterliegt. Derselben Erwägungen, die damals zur Ablehnung der Beantwortung jener Interpellation führten, gelten auch heute. Das preussische Gesetz vom 20. März 1908 steht mit der Reichsverfassung und Reichsgesetzgebung in keiner Weise in Widerspruch. (Hört! h. d. Polen.) Seine Ausübung und Handhabung ist lediglich eine innere Angelegenheit Preußens. (Hört, hört!) Die Interpellation betrifft mithin die Maßnahmen die außerhalb der Zuständigkeit des Reichstags liegen. (Hörufe h. d. Polen u. Soz.) Ich habe hiermit zu erklären, daß der Reichskanzler die Beantwortung der Interpellation ablehnt. (Bravol rechts. Unruhe h. d. Polen, i. Ztr. u. h. d. Soz.)

Auf Antrag des Abg. v. Gatzlinski (Polen) wird die Besprechung der Interpellation gegen die Stimmen der Rechten und Nationalliberalen beschloffen.

Staatssekretär Dr. Lisco verläßt den Saal.

Abg. Szynka (Polen): Vor 5 Jahren bereits begründete ich eine ähnliche Interpellation, als der Entwurf über die Enteignung polnischer Besitzes im Herrenhaus noch nicht beratschiedet war. Dieser Entwurf widerspricht dem Geiste und Wortlaut der Reichsverfassung und war geeignet, die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft, das Vertrauen in die Sicherheit des Eigentums zu untergraben. Der Versuch des damaligen Reichskanzlers, die Beantwortung der Frage hier zu verhindern, wurde von der überwiegenden Mehrheit als eine Klucht vor der Verantwortung schwerwiegender Regierungsmaßnahmen bezeichnet und als Mißachtung der Rechte des Reichstags. Auch heute wird die Mehrheit des Reichstags sich ihr Recht nicht nehmen lassen. Damals handelte es sich um einen Entwurf, heute um eine vollendete Tatsache. Es ist Tatsache geworden, daß aus politischen Gründen enteignet wird, um an die Stelle von Staatsbürgern, die der Regierung nicht genehm sind, andre ihr genehme zu setzen. Diese Tatsache ist eine

Schmach des 20. Jahrhunderts.

(Lebhafte Zustimmung h. d. Polen.) Im Herrenhaus erhielt Fürst Bülow damals nur mit Mühe eine Mehrheit, eine Mehrheit aus liberalen Bürgermeistern. (Hört, hört! h. d. Soz. und Polen.) Diese Mehrheit erhielt er nur durch die Zusicherung, das Gesetz solle als Drohung wirken und nicht angewendet werden. Noch im vorigen Frühjahr erklärte der Landwirtschaftsminister Wehlich. Jetzt sollen vier Güter enteignet werden. Das Gesetz läßt die Enteignung nur zu zur Abrundung bestehender deutscher Niederlassungen und nur bei Gütern, die in der letzten Zeit die Besitzer gewechselt haben. Frau Biskowska, die enteignet werden soll, hat das Gut in der Erbschaftsübertragung mit ihren Kindern erworben, ihr Ehemann besaß es 8 Jahre. Kolban, der ebenfalls enteignet werden soll, hat sein Gut ehelich erworben, um darauf zu wirtschaften. Er ist der Nachkomme eines Offiziers, der 1870 schwer verwundet und für seine Tapferkeit mit dem Eisernen Kreuz dekoriert worden ist. (Hört, hört! h. d. Polen.) Beide Güter grenzen dicht an deutsche Ansiedlungen. Trotzdem erwiderte das preussische Ministerium auf die Beschwerde, für den Begriff der Abrundung sei nicht erforderlich, daß das zu erwerbende Gut unmittelbar an die abzurunden deutschen Niederlassungen grenze, es genüge vielmehr eine Nachbarlage, die die Anknüpfung gegenseitigen Verkehrs und Handels ermögliche. So treibt das preussische Ministerium in seiner Interpretation mit der Logik und Juristerei in geradezu ähnlicher Weise Sohn. (Lebhafte Zustimmung bei den Polen und den Sozialdemokraten.) (Präsident kämpft diesen Ausdruck.) Jedes Vertrauen zu Gesetz und Recht und zu den Behörden muß bei solcher Interpretation verloren gehen. (Sehr richtig! h. d. Polen.) Ein zweiter Punkt ist die volle Enteignung. Als ob irgend eine Entschädigung möglich ist für die zwangsweise Vertreibung von Haus und Hof! (Sehr wahr! h. d. Polen.) Kolban aber hat für sein Gut 950 000 Mark gezahlt, die Tage stellte für die Enteignung nur einen Wert von 830 000 Mark fest, und der Präsident der Ansiedlungskommission will davon noch 100 000 Mark heruntersetzen. (Zuruf h. d. Polen: Das ist Konfiskation!) Als ich diese Tatsachen in einer Versammlung vorbrachte, rief man mir zu: Diebstahl! Raub auf offener Straße! So urteilt der Reichstag das Gesetz vom 20. März 1908 für rechtswidrig. Reichsrecht steht vor Landesrecht, und das Gesetz widerspricht der Reichsverfassung. Die Anwendung dieses rechtswidrigen Gesetzes muß auf die ganze polnische Bevölkerung revolutionierend wirken, und das Ziel, die Degimierung der Polen, wird doch nicht erreicht werden! (Sehr wahr! h. d. Polen.) Wir werden den Antrag stellen: „Der Reichstag wolle beschließen, die Zulassung der Enteignung polnischer Gutsbesitzer für die Zwecke der Ansiedlungskommission durch den Reichskanzler entspricht nicht den Anschauungen des Reichstags.“ Zu dieser milden Form sind wir durch die Geschäftsordnung gezwungen. Stimmt der Reichstag unserem Antrag zu, so verurteilt er damit, wie sie es verdient, die Enteignungspolitik der Regierung auf das schärfste. (Lebhafte Beifall h. d. Polen.)

Abg. Wendel (Soz.):

Sie sehen, die Regierung hat zu dieser Interpellation einen sehr bequemen Standpunkt eingenommen, sie will einfach nichts damit zu tun haben, räumt das Feld und verschwindet. Statt

daß der Reichskanzler es für notwendig gehalten hätte, in dieser außerordentlich wichtigen politischen Angelegenheit persönlich zu erscheinen, schickt er uns lediglich ein Stück Papier und einen Staatssekretär (Geiterkeit) und läßt sich berufen auf alle Erklärungen, die dadurch nicht besser und richtiger werden, daß man sie hier wiederholt. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Diese Haltung des Kanzlers ist gewiß nicht geeignet, den deutschen Parlamentarismus in ein helleres Licht zu rücken. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Der Vertreter der Regierung beruft sich auf eine Erklärung, die hier von der Regierung vor Jahren abgegeben worden ist. Aber die Interpellation Brandts, unterschrieben von 73 Mitgliedern dieses Hauses, ist neu, ist von gestern, und diese 73 Mitglieder stellen sich mit dieser neuen Interpellation auf den Standpunkt, daß die Anwendung des Enteignungsgesetzes eine

Verletzung der Reichsverfassung

darstellt. Selbst wenn die Regierung der Ansicht ist, daß die Polenpolitik und die Enteignung lediglich preussische Bundesangelegenheiten sind und nicht hineingreifen in die Interessensphäre des Reichstags, so wäre es angesichts der neuen Interpellation doch ihre Pflicht gewesen, das wenigstens einigermaßen ausführlich zu begründen. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Das Verfahren, das die Regierung beliebt, läßt eigentlich nur zwei Deutungen zu. Entweder ist der Regierung die Reichsverfassung und ihre Verletzung eine Quantité négligeable, eine Nichtigkeit, daß sie glaubt, darauf gar nicht eingehen zu brauchen, oder die 73 Vertreter des deutschen Volkes sind ihr eine solche Quantité négligeable, daß sie glaubt, sich über die Verantwortung hinwegsetzen zu können. Aber wenn man das Verhalten der Regierung auch vom politischen Standpunkt aus feinewegs billigen kann, vom menschlichen Standpunkt finde ich es außerordentlich begreiflich. Ein gutes Gewissen hat es nicht nötig, sich hinter den Wandschirm der Formalien zu verstecken. (Sehr gut! h. d. Soz.) Wenn die Regierung darauf rechnen könnte, hier mit ihrer Politik Erfolge einzuharsten, hätte sie das auch sicher nicht getan. Aber wir befinden uns hier nicht im preussischen Landtag, wo die durch das Dreiklassenwahlrecht durchfiltrierten Abgeordneten in ihrer Mehrheit mit der Polenpolitik der Regierung durch und durch gehen, sondern wir sind hier im deutschen Reichstag, wo immerhin die Meinung der Massen draußen im Lande unversäffelter und kräftiger zum Ausdruck kommt als hinter den schalldämpfenden Türen der preussischen Landtage. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Deshalb ist es sehr erklärlich, daß die Regierung den bessern Teil der Tapferkeit, die Vorhut, gewählt hat. Wenn wir Sozialdemokraten hier mit aller Entschiedenheit gegen die Enteignung von Grundbesitzern, die Gegenstand der Interpellation ist, auftreten, so geschieht das nicht ohne kostbare Schadenfreude darüber, daß die Weltgeschichte hier wieder einmal die Dinge auf den Kopf gestellt hat. Denn in diesem Falle müssen wir, die „Umstürzler von Beruf“, die Verfassung stützen gegen die „Staatsretter von Beruf“. (Sehr gut! h. d. Soz.) Wir, die Internationalen, müssen uns des nationalen Rechtes eines unterdrückten Stammes annehmen gegen die Bannerträger des nationalen Gedankens, und wir, die vielberufenen Feinde des Privateigentums, müssen das Privateigentum verteidigen gegen seine allerfanatischsten Anhänger. (Sehr gut! h. d. Soz.) Wenn wir das tun, so geschieht es wahrhaftig nicht um der schönen Augen der Polen willen. Ganz im Gegenteil, meine Parteifreunde in den östlichen Provinzen beschweren sich sehr lebhaft über die nationalpolnische Presse, die mit einer gewissen ungeschönten Gesinnlichkeit darüber hinweggeht, daß auch die Sozialdemokratie sich der nationalen Rechte der polnischen Bevölkerung annimmt. Die Nationalpolen wollen aus naheliegenden Gründen das Monopol dieser Vertreibung haben. Vor allem liegt uns natürlich an den polnischen Junkern genau so wenig wie an ihren Klajngenossen, den preussischen Junkern. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Aber

wir machen gegen die Polenunterdrückungspolitik Front

aus dem tiefen Gefühl für Recht und Gerechtigkeit heraus, das der modernen Arbeiterklasse und ihren politischen Vertretern unaussprechbar im Blute fließt, wie die roten und weißen Blutkörperchen es wäre allerdings zwecklos, den Schwärmern für die Nationalpolitik, die natürlich zugleich ihre Nutznießer sind, mit Rechtsgründen zu kommen, das wäre ein Versuch an durchaus untauglichem Objekt. Daß ihr Vorgehen mit den Geboten der Ethik nicht im Einklang steht, ist ja für die Sozialisten an sich ein Gegenstand anderer Bedeutung, und wenn etwas an diesen untreulichen Dingen erfreulich ist, so die Offenherzigkeit, mit der sich die Sozialisten zu ihrer ethischen Minderwertigkeit, will ich einmal sagen, bekennen. Einer ihrer hitzigsten Wortführer, Justizrat Wagner, hat auf einem Ostermontag erklärt: „Wir wollen den polnischen Besitz verringern, was dabei aus den Polen wird, geht uns nichts an.“ (Hört, hört! h. d. Soz.) Er sagte weiter: „Die Franzosen“ hat kürzlich ironisch gesagt, ob den Polen recht oder unrecht geschehe, sei wohl Nebensache. Das ist auch Nebensache. (Hört, hört! h. d. Soz.) Und ein Mitglied des Reichstags, der Abg. v. Liebert, hat für die Polenpolitik den Grundsatz proklamiert: „Recht geht vor Recht“ — er nicht mir beständig zu —, ein sehr lapidarer Grundsatz, der aber eigentlich besser paßt zum preussischen Kasernenhof, auf dem ja Herr v. Liebert Befehl befiehlt, als zum kleinen Katakombismus, in dem er wenigstens Befehl wissen sollte. (Geiterkeit u. Sehr gut! h. d. Soz.) Diesen Grundsatz mit den Prinzipien der Ethik in Einklang zu bringen dazu gehören schon die Eigenschaften eines Schlangenmenschen der sich durch die Sprossen einer Leiter hindurchwindet. (Geiterkeit.)

So wenig ich an die Ethik der Sozialisten appelliere, so wenig will ich appellieren an ihr Kulturgeschmackgefühl. Als die Enteignungsvorlage eingebracht wurde, hat der bekannte polnische Dichter Siemowicz die Meinungen hervorragender Leute aller Länder darüber in einem Buche gesammelt. Es befinden sich Namen von Welt Ruf darunter, das Werk ist in seiner Art ein Kulturspiegel, aber wenn man hineinblättert, ist man nicht gerade entzückt davon, ein Deutscher zu sein, denn alle diese Stimmen sind einzig in der Brandmarlung dieser Gesetzgebung, und was peinlicher wirkt als die Entrüstung, ist das Erkennen bei vielen, das Befremden darüber, daß in einem Volke, das stolz ist auf seine Zivilisation, stolz auf seine großen Dichter, bei einem Volke des 20. Jahrhunderts, derartiges überhaupt möglich ist. Es befinden sich darunter Männer aller Parteien, wie ich ausdrücklich betonen möchte, auch viele Freunde deutschen Befens, die nicht nur im Namen der Gerechtigkeit, sondern auch im Namen des Christentums Einspruch erheben gegen die Enteignungswillkür.

Da schreibt z. B. der Pfarrer Kagatz — er ist der Rechten allerdings verdächtig, denn er ist der Pfarrer jenes Basler Ministers, das am 24. November 1912 von der gewaltigen Friedenskundgebung des Sozialismus widerhallte. Dieser Pfarrer schreibt: „Es versteht sich, daß meines Erachtens ganz von selbst, daß jeder, der das Evangelium predigt, oder sich dazu bekennt, solche Dinge verurteilt, denn sie schlagen seinem Geiste ins Gesicht.“ (Hört, hört! h. d. Soz.) Da in Deutschland ein evangelisch orthodoxes Blatt, der „Reichsbote“, es fertiggebracht hat, zu schreiben: „Im Namen des Christentums muß gegen die Friedensbewegung protestiert werden.“ (Hört, hört! h. d. Soz.), so zweifle ich nicht daran, daß sich auch hier Diener des Christentums finden werden, die es für die erhabenste Mühe der christlichen Weltanschauung ausgeben, wenn Leute

ohne Schuld von ihrem Haus und Hof verjagt werden. Wir Sozialdemokraten sind auch deshalb Gegner des Enteignungsverfahrens, weil es sich um die brutale Anwendung eines brutalen Usurpatorgesetzes handelt, mit dem ja nach Canoturs bekanntem Worte jeder — ich will den Satz aus dem Zoologischen ins Parlamentarische übertragen — geistig Minderbegabte (Geiterkeit) regieren kann. Vor allem werden wir uns dagegen, weil es sich hier um eine eklatante Verletzung der Reichsverfassung handelt. Das so benannte Indignität, das im § 8 der Reichsverfassung den Angehörigen jedes Bundesstaates in jedem andern Bundesstaat u. a. festen Wohnsitz und Erwerb von Grundstücken gewährleistet, wird dadurch verletzt. Es heißt ausdrücklich: kein Deutscher darf in der Ausübung dieser Befugnis durch die Obrigkeit seiner Heimat oder die Obrigkeit eines andern Bundesstaates beschränkt werden.

Ich will nur theoretisch folgenden Fall annehmen: Ein bayerischer Staatsangehöriger kauft sich im Reich des Enteignungsparagraphen ein Gut, und die Ansiedlungskommission hält gerade dieses Gut geeignet für ihre Zwecke und expropriert den Bayern. Der Bayer beschwert sich bei seiner Regierung, und mit vollem Rechte wird dann der bayerische Bundesratsgesandte beim Reichskanzler Beschwerde erheben wegen Verletzung der Reichsverfassung durch Anwendung dieses preussischen Gesetzes, und da nach Artikel 4 der Verfassung die Bestimmungen über Niederlassung der Beaufichtigung durch das Reich unterliegen, so wird in diesem Falle schleunigst und energisch der Reichskanzler von Weismann gegen den preussischen Ministerpräsidenten von Hollweg (Geiterkeit) einschreiten müssen. Das wäre die Pflicht des Reichskanzlers, er dürfte aber dann auch nicht abwarten, bis dieser Fall sich praktisch ereignet, sondern müßte sich im Prinzip gegen das preussische Gesetz wenden, das die Reichsverfassung durchlöchert, und wenn er das nicht tut, wenn er pflichtvergessen handelt, so ist es Aufgabe des Reichstags, dem Reichskanzler mit allem Nachdruck zu Gehör zu bringen, was seines Amtes ist, um so mehr, als die Herren Junker ja jederzeit geneigt sind, aus dem Papier, auf dem die Reichsverfassung steht, Fittbus zu drehen. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Auf einem Samstag in Bromberg hat bekanntlich Herr von Liebigmann gesagt: Wir dürfen uns nicht bange machen lassen, wenn der eine oder andre in übergroßer Gewissenhaftigkeit sagt: Das ist gegen die Verfassung. (Hört, hört! h. d. Soz.) Das ist auch das Bekenntnis einer schönen Seele, auf ein bißchen Verfassungsbruch kommt es den Polenfreßern nicht weiter an. Es kommt ihnen auch nicht an auf ein bißchen Revolution, denn die Enteignung ist, darüber wollen wir uns im klaren sein, ein Stück Umsturz, allerdings

ein Stück Umsturz von oben.

(Sehr wahr! h. d. Soz.) Unlängst hat Kollege Gröber hier wegen der Anwendung des Jesuitengesetzes den Bundesrat in Parallele gerückt mit dem französischen Nationalkonvent von 1793. Ich will nicht entscheiden, ob mit Recht oder Unrecht, aber bei der Polenenteignung trifft allerdings der Vergleich des preussischen Ministeriums mit dem französischen Konvent ins Schwarze. (Lolche des Präsidenten. Lautes Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Präsident kämpft: Wenn Sie vorhin dem Reichskanzler Pflichtvergessenheit vorgeworfen haben, so überschreitet das die Grenzen des Parlamentarismus.

Abg. Wendel (fortfahrend): Es ist mir allerdings wohl bewußt, daß ein gewisser Unterschied besteht zwischen dem Bürger Akabepierre und dem Bürger Weismann-Hollweg. (Große Geiterkeit h. d. Soz.) Aber der Vergleich fällt in diesem Falle noch zugunsten des französischen Konvents aus, denn damals wurden nur Leute enteignet, die gegen ihr Vaterland die Waffen getragen hatten, hier aber werden Leute von Haus und Hof gejagt, ohne daß auch nur ihre Gesinnung dabei in Frage kommt. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Die Enteignung in Preußen verstößt gegen jedes christliche und juristische, gegen jedes politische und allgemein menschliche Empfinden. Sie darf aber in dem Maße des Staates, der die Arbeiterklasse unterdrückt, der den Angehörigen einer Konfession, den Juden, das Stigma der Minderwertigkeit aufbrückt, nicht fehlen. Preußen hat schon mehr enteignet als ein paar Rittergüter. Die Welfen werden wissen, daß das Volk den Spruch am Helme der preussischen Garde „Saum cuicue“ (Nebem das Seine) überseht mit

„Nebem das Seine rauben.“

(Geiterkeit.) Auch die Polenenteignung ist den Preußen nichts Neues. Friedrich 2. war der erste preussische König, der mitschuldig war an dem politischen Verbrechen der Teilung Polens. (Präsident kämpft ruft den Redner zur Ordnung.) Dieser Ausdruck ist nicht von mir formuliert, sondern von einem Manne, der gerade in dem Jubiläumjahr 1913 als einer der größten Männer Deutschlands gefeiert wird, vom Freiherrn vom Stein. (Stürmische Geiterkeit.)

Präsident kämpft: Ich habe hier zu verhindern, das unparlamentarische Ausdrücke gebraucht werden.

Abg. Wendel: Friedrich 2. hat auch die Polenenteignung bereits in Angriff genommen und sich dabei der Epizikel bedient; er ließ polnische Gutsbesitzer in den neueroberten Landesteilen aufbewahren, damit sie den Gulbigungsseid herbeibringen, und er so einen Vorwand befände, ihnen die Güter wegzunehmen. So wenig das zu rechtfertigen ist, so geht sich doch darin ein gewisses Anstandsgefühl, er schuf Hochverräter, weil er nur Hochverräter enteignen wollte. Heute aber wird drauflos enteignet ohne nach Schuld und Verdienst zu fragen. In der bormärzlichen Zeit hielt man ein Eck, das auf die systematische Verdrängung der Polen einwirken sollte, geheim, man schämte sich damals noch. (Zuruf: Das ist schon lange her!) Inzwischen hat man ein robusteres Gemissen bekommen, und proskribiert, wie zu den Zeiten des Marus und Sulla. Dem Vater der preussischen Polenpolitik, dem Fürsten Bismarck, erschien es als ein Kinderpiel, mit den Polen fertig zu werden. Aber der Verlust ist auf der Seite des Staates gewesen, und der Gewinn wird — dessen können Sie sicher sein — bei Rom sein. (Große Geiterkeit u. Zurufe: Sehr wahr!) In den 25 Jahren vor der Ansiedlungspolitik hat sich der polnische Besitz um 195 000 Hektar vermindert, in den 21 Jahren der Ansiedlungspolitik hat er sich

um 100 000 Hektar vermehrt.

(Hört, hört!) Und so wird es mit dem Enteignungsgesetz weiter gehen. Man wollte die Preistreiber durch dieses Gesetz verhindern und hat sie erst recht gefördert. Deshalb begreift man, warum die Konservativen diese Politik auf Verberb und Gedelb trotz aller Bedenken mitmachen, denn „wenn das Geld im Kasten klingelt, der Jurist selbst durch das Begeher springt.“ (Geiterkeit.) Auch die Beamten haben Vorteile von dieser Politik durch die Offizierszulage, ferner die Großindustriellen des Westens, deren billige Arbeitskräfte aufsteigen. Geschädigt werden die deutschen Kaufleute durch den Wohlstand der Polen. Vier polnische Weiber werden enteignet und 400 deutsche Kaufleute und Händler werden dadurch ruiniert. Welch grandioser Gewinn für das Deutschland! Zumal gleichzeitig 10 000 polnische Arbeiter nach den westlichen industriellen Bezirken verschleppt werden. Dort entstehen große polnische Gemeinwesen. In der Regierungsbegriffen Arnstberg und Münster gab es 1905 in den Volksschulen 4000 Kinder, die nun

Am Ministerisch: Febr. v. Schorlemer.
Nach einer Mitteilung der Staatsanwaltschaft Kleve ist das Meistbeschaffen gegen den Abg. Underberg (Str.) eingestellt. Der Senat ist zu weiterberaten.

Abg. Burchard (Ausschüssen, Konf.) fragt über zu geringe Staatsunterstützung der ostpreussischen Pferdezucht. Die Militärverwaltung zahlt zu niedrige Remontepreise. (Beif. rechts.)

Landwirtschaftsminister Dr. Febr. v. Schorlemer: Der Kriegsminister ist eben an seinen Etat gebunden, aber ich werde mit ihm verhandeln, damit die Remontepreise so erhöht werden, daß eine lohnende Pferdezucht möglich ist. (Bravo! rechts.) Für Ostpreußen hat 65 Prozent der Militärpferde gestellt, geschieht sehr viel. Der Vorredner meinte, daß vielleicht von Preußen auf Baden und Württemberg eingewirkt werde, weniger Pferde in Ostpreußen zu kaufen, um so den Preis zu drücken. Ein solches Vorgehen ist ganz unglücklich.
Abg. Bäcker (Konf.) wünscht Förderung der westpreussischen Pferdezucht.

Doerlanbhallmeister Febr. v. Dettingen jagt sie zu.
Nach weiterer unwesentlicher Debatte folgt die Beratung des Domänenetats.

Abg. Weisermel (Konf.): Wir sind durchaus dafür, daß in Gebieten mit überwiegender Großgrundbesitz die Domänen zur inneren Anpflanzung verwendet werden und verwahren uns gegen alle Mißdeutungen unserer Freundschaft für die innere Kolonisation mit Verneinung und Vorsicht. (Beifall rechts.)

Abg. Heine (nall.) ist mit der Domänenbewirtschaftung zufrieden, wünscht innere Kolonisation und hält am Schutzsystem fest.
Abg. Delfins (Fortf. Sp.) tritt für eine Verbesserung der Arbeiterwohnungen auf den Domänen und für eine erhöhte Verpflichtung der Domänenpächter ein, Viehwirtschaft zu betreiben.

Abg. Dr. Henning (nall.): Wir wollen natürlich nicht den ganzen Großgrundbesitz aufteilen. Aber die Domänen müssen zur inneren Kolonisation herangezogen werden.

Abg. Leinert (Soz.): Unsere Wirtschaftspolitik ist nur dem Großgrundbesitz zugute gekommen. Die Staatsdomänen aber machen eine Ausnahme, denn sie werden nach wie vor viel zu billig verpachtet. Die Domäne Blumenberg in der Provinz Sachsen ist für 25,70 Mark pro Morgen verpachtet worden. Der Domänenpächter aber verpachtet kleine Parzellen weiter für 90 Mark den Morgen. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Der angemessene Preis für diesen Boden wäre etwa 45 bis 50 Mark den Morgen. Ein Domänenpächter im Kreise Hildesheim zahlte bisher 45 000 Mark Pacht und veräuerte ein Einkommen von 2700 Mark. Bei der Neuverpachtung bewilligte der bisherige Pächter 45 000 Mark Pacht 67 000 Mark Pacht. Wenn er wirklich nur ein Einkommen von 2700 Mark gehabt hätte, das in letzter Zeit auf 3300 Mark heraufgebracht worden ist, dann könnte er gar nicht auf einmal 22 000 Mark Pacht jährlich mehr zahlen. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Aber die Herren verstehen es ja ganz ausgezeichnet, ihr Einkommen möglichst niedrig zu deklarieren. Der Staat sollte die Domänen an kleinere Pächter verpachten. Die Gemeinden bemühen sich, beim Freiwerden einer Verpachtung die Domäne zu bekommen, aber beim Staat ist die Rücksicht auf den bisherigen Domänenpächter meist größer als die Rücksicht auf die Gemeinde. Nun wird von allen Seiten jetzt verlangt, daß die Domänen für die innere Kolonisation aufgeteilt werden sollen, aber nur da, wo dann eine gute Mischung von Groß-, Mittel- und Kleinbetrieb vorhanden ist.

Die Vergabe von Domänen zu genossenschaftlicher Bewirtschaftung würde auch ohne Beschneidung des Großgrundbesitzes eine Benutzung des Landes zum allgemeinen Wohle sichern. Die Rolle der Domänen in der Fleischversorgung ist von großer Bedeutung. 1910 wurde unser Antrag auf Vorlegung einer Nachweisung über das auf den Domänen gehaltene Vieh abgelehnt. Wo sollte denn die Staatsverwaltung für ausreichende Fleischversorgung tätig sein, wenn nicht auf ihrem eigenen Grundbesitz. Der Minister hat zwar erklärt, daß in den Pachtverträgen den Pächtern die Verpflichtung, Vieh zu halten, auferlegt wird, aber nähere Mitteilungen darüber hat er unterlassen. 1914 sollen die Einfuhrerleichterungen für ausländisches Vieh aufhören. Wo ist die Bürgschaft, daß 1914 wirklich die Fleischversorgung zu keinerlei Besorgnissen mehr Anlaß geben wird? Die Viehzählung von 1911 hat ergeben, daß eine Vermehrung des Schlachtviehs nicht eingetreten ist, sondern lediglich eine kleine Vermehrung des Schweinebestandes. Wir fürchten, daß der Viehbestand 1912 trotz der Volksvermehrung noch weiter zurückgegangen ist, und haben deshalb um so mehr Veranlassung, die Einfuhrerleichterungen weiter bestehen zu lassen und dafür zu sorgen, daß auf den staatlichen Domänen ausreichend Vieh erzeugt wird. (Zustimmung b. d. Soz.)

Abg. v. Kessel (K.): Der Abg. Leinert hat ohne Beweise schwere Vorwürfe gegen die Domänenpächter erhoben, die ich zurückweise. (Beifall rechts — Zurufe der Soz.: Widerlegen, nicht zurückweisen!) Herr Leinert hat keine Beweise vorgebracht, somit brauche ich nicht zu widerlegen. (Beifall rechts.)

Minister Febr. v. Schorlemer: Der Vorredner hat mir erpart, die Angriffe gegen den ehrenwerten Stand der Domänenpächter zurückzuweisen. Ueber die Viehhaltung auf den Domänen habe ich schon im Reichstag mitgeteilt, daß 160 734 Stück Großvieh und 328 302 Stück Kleinvieh gehalten werden, das macht auf 10 Morgen durchschnittlich nahezu 1 Stück Großvieh und 2 Stück Kleinvieh. Von den Staatsdomänen sind nur drei ohne Viehhaltung, darunter die Trabrennbahn Ruhleben und zwei parzellierte Domänen, die an Bauerngenossenschaften verpachtet sind. In den letzten 10 Jahren sind 62 Domänen für Kolonisationszwecke aufgeteilt worden. Wir wollen auch weiter so viel als möglich hergeben, aber natürlich mit Ausschluß von zur Kolonisation ungeeignetem Land. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Hoff (Sp.): Also in den letzten 10 Jahren sind 6 Prozent des Domänenbesitzes, 2900 Hektar, pro Jahr aufgeteilt worden. Das ist nichts in einer Zeit, wo in einem Jahr 48 000 Hektar sibirisch-kommunisch gebunden wurden! (Hört, hört! links.)

Ein Regierungskommissar: Im letzten Jahre allein sind 22 Domänen aufgeteilt worden.

Abg. Leinert (Soz.): Selbst die Statistik des Ministers ergibt, daß auf den Domänen nur eben so viel Vieh gehalten wird, als im Durchschnitt in ganz Preußen, wobei aber in letzterem Falle die Gesamtläche, nicht nur die landwirtschaftlich benutzte zur Grundlage der Berechnung genommen ist. Zu den Domänen gehören aber immer Rußländer und nur ein ganz geringer Teil ihrer Fläche ist unbenutzbar. Wenn auf die Domänen also nicht mehr Vieh entfällt als durchschnittlich auf den ganzen Staat, dann tun Sie Ihre Schuldigkeit nicht! (Sehr wahr! b. d. Soz.) Dem Abg. v. Kessel erwidere ich, daß ich nicht die Domänenpächter insgesamt der Steuerhinterziehung beschuldige, sondern nur an einem einzigen krassem Fall unter Anführung aller Belege gezeigt habe, daß die Pachtverträge viel zu gering sind. Im übrigen ist es ja kein Wunder, daß unsere Darlegungen in diesem Hause, das mit den Großgrundbesitzern und Domänenpächtern so verknüpft und verschwägert ist, kein Gehör finden. Da hätten wir hundertfach Beweise vorliegen. Sie würden doch immer wieder sagen, es sei nichts zu machen. (Sehr gut! b. d. Soz. — Unruhe rechts.) Wir sind uns bewußt, daß wir immer nur Tatsachen vorbringen während Sie uns gegenüber immer Behauptungen aufstellen, die Sie noch nie bewiesen haben! (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Heine (nall.) fordert Erhöhung der Viehhaltung auf den Domänen.

Abg. v. Hennigs (Konf.): Die Stadt Triebsee verhindert die Aufteilung von Siemensdorf, und der Magistrat von Greifswald hat sich der Aufteilung des Greifswalder Stadtwalds widersetzt.

Abg. v. Kessel (Konf.) hält seine Bemerkungen gegen Leinert aufrecht.

Abg. Hoff (Sp.) erinnert die Konservativen daran, daß ihr Führer die große Vorlage Riquels über die innere Kolonisation verteidelt habe.

Abg. v. Matkahn erwidert, daß die Fortschrittler durch Ablehnung des Remontengesetzes die Grundlage der inneren Kolonisation vernichtet hätten.

Sozialdemokratie die beste Waffe in die Hand gegeben. Wie diese Waffe gegen Sie benutzt werden wird, davon hat die Wendische Rede einen Vorgeschmack gegeben. Durch eine vernünftige Schulpolitik und gutes Verwaltungswesen müßten die Polen zur Annahme deutscher Kultur gewonnen werden. Wir richten unsere Angriffe gegen die preussische Regierung, der polnische Antrag wendet sich gegen den Reichskanzler. Weil wir die Zuständigkeitsverhältnisse respektieren müssen (Hört, hört! rechts), werden wir uns der Abstimmung enthalten. (Beif. Hört, hört! rechts, Gelächter b. d. Soz., Bravo! b. d. Sp.)

Abg. Werten (Sp.): Nach diesem Meiststück der Diplomatie (gr. Heiterkeit) will ich nur betonen, daß wir die Zuständigkeitsfrage an den Anfang stellen. Herr Wendel hat von der Enteignung gesprochen, nun 1800 wurden die Rittergutsbesitzer gezwungen, die Hälfte ihres säkularisierten Besitzes zu verzichten. (Hört, hört! rechts) Die Polen sollten lieber statt solche Anträge einzubringen, dafür sorgen, daß friedliche Verhältnisse in den Ostmarken geschaffen werden. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Morawski (Pol): Die Konservativen untergraben mit ihrer Enteignungspolitik den Baum, auf dem sie selber sitzen. Wir bekommen noch einmal den Boden zurück, denn geraubtes Gut bringt dem Räuber keinen Segen. (Bravo! b. d. Polen.)

Abg. Hanssen (Däne): Die Erfolge der deutschen Politik in den Grenzgebieten gleichen sich überall: die Gegensätze verschärfen sich, und das Deutschum geht zurück.

Abg. Thumann (Stl.) protestiert gegen jedes Ausnahmengesetz und gegen das Enteignungsgesetz.

Abg. Ledebour (Soz.): Die vorstehlichen Ausführungen meines Freundes Wendel hätten es eigentlich überflüssig gemacht, noch einmal unsere Stellung zu präzisieren, wenn nicht einige Vertreter der bürgerlichen Parteien wieder versucht hätten, mit nationalen Gründen, wobei sie sich als Vertreter des deutschen Volkes aufspielten, die untaugliche Polenpolitik zu verteidigen. Herr Schlee meinte, es stehe in dem Enteignungsgesetz nicht drin, daß das Gesetz gegen die Polen angewandt werden solle, es könne dem Wortlaut nach auch gegen Deutsche angewandt werden. Damit hat er den Schleier gelüftet von dem Zwecke, den man bei Aufhebung des Gesetzes verfolgte. Man hat ihm geistlich eine Form gegeben, so daß es sich nicht nur gegen die Polen richtet, in dem Bewußtsein, daß es doch nur gegen die Polen angewandt werden soll. Das ist weiter nichts, als abgrundtiefe Heuchelei.

Präsident Kämpf: Ich nehme an, daß Sie mit dem Worte Heuchelei nicht Mitglieder des Hauses gemeint haben.

Abg. Ledebour: Ich halte „abgrundtiefe Heuchelei“ gesagt. (Heiterkeit.) Wenn die Anhänger der Enteignung so tun, als sprächen sie im Namen des deutschen Volkes, so hatte auch der Verlauf der Debatte gezeigt, daß zweifellos die große Majorität dieses Hauses, die das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit vertritt, gegen das Gesetz ist. Ich tue auch den Herren von der Fortschrittlichen Volkspartei die große Ehre an, daß ich sie mit zu den ausgesprochenen Gegnern des Enteignungsgesetzes rechne (Heiterkeit), obgleich sie heute durch ihre Haltung eine etwas sflüchtige Rolle gespielt haben. Bei einem solchen Gesetz heißt es „harbe bekennen“. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Auf jeden Fall aber sind hier im Hause etwa 270 Gegner gegenüber nur 125 Anhängern des Enteignungsgesetzes, b. h. mehr als zwei Drittel der Vertreter des deutschen Volkes beurteilen das Gesetz. Hierbei tritt wieder fünfjährig jutage, zu welcher tiefgehenden politischen Differenzen die Beschiedenheit des Reichstagswahlrechts und des preussischen Landtagswahlrechts führt. Staatssekretär Delbrück hat neulich bei einer andern Gelegenheit die Notwendigkeit betont, daß die Politik des Reiches und Preußens nach einheitlichen Gesichtspunkten geleitet werden muß. Dann ist aber die notwendige Voraussetzung, daß die Regierung im Reich und Preußen von einer Volkvertretung abhängt, die auf Grund desselben Wahlrechts gewählt ist. Deshalb appelliere ich an die Polen und an das Zentrum, sie mögen jede Gelegenheit benutzen, um auch in Preußen für das

allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht einzutreten. Ihre Haltung im preussischen Landtag hat leider bisher das Gegenteil bewiesen. Sie können nur dann gegenüber Ausnahmengesetzen gegen die Polen und gegen die Jesuiten wirksam ankämpfen, wenn sie an der Seite der Sozialdemokratie in den großen Wahlrechtskampfe in Preußen eintreten. Findet sich in diesem Kampfe eine so starke Phalanx wie hier im Reichstag zusammen, so würde selbst ein Bethmann-Hollweg seinen Widerstand aufgeben müssen. Sie sind schuld daran, daß das Junkertum in Preußen noch eine solche Macht hat, das hier nur in winzigen Exemplaren (Auf: Dertel! Gr. Hift.) — ich meine natürlich nur zahlenmäßig — existiert. Im übrigen erkenne ich an, daß sehr gemächliche Exemplare nicht des Junkertums, sondern seiner Helfershelfer hier sitzen. Die Polen sind von der Schuld nicht freizusprechen, daß sie bei der Finanzreform die kleine Junkerpartei wieder in den Sattel gehoben haben. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Sie haben damals offenbar auf die Dankbarkeit der Herren gerechnet, aber Sie haben sich gründlich geirrt, man hat Ihnen noch einen Fußtritt obendrein versetzt. Deshalb sollten Sie künftig wenigstens prinzipiell Opposition machen gegen die Politik der Junker. Wenn Sie diese Konsequenz nicht ziehen, so bin ich doch überzeugt, die polnische Bevölkerung, insbesondere die polnischen Arbeiter, werden diese Konsequenz ziehen, sie werden nicht länger mehr zusehen wie Sie eine agrarische Politik treiben. Machen wir doch auch im Westen, wozu polnische Arbeiter so häufig durch die Unternehmer als Lohnarbeiter herbeigeholt werden, die Erfahrung, daß wenn sie erst die Verhältnisse dort näher kennen gelernt haben, sie es sehr gut verstehen, an der Seite unserer Parteigenossen sich in den Lokalkämpfen tüchtig zu schlagen. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Das Graf Carnier auf die Frage nicht näher eingegangen ist, begründe ich: denn die Junker haben sich verleben lassen, die Sache mitzumachen, aber es ist ihnen sehr unheimlich dabei. Sie gleichen den Haren, der dem Honiggattch nachgeht, aber so viel Honig schluckt, daß er Erbrechen bekommt. (Heiterkeit.) Der hübe Honig der kapitalistischen Verrechnung ist Ihnen in die Nase gestiegen, aber Sie werden an diesem süßen Fraß verenden. Aus Ihren Reden für das Enteignungsgesetz werden wir Schätze für die Agitation zusammentragen. Wir werden die Politik zum guten Ende führen, die Sie aus kleinlicher Gehässigkeit und Habgier gegen eine nationale Widerheit unternommen haben. Wir werden den Grund und Boden zum Nutzen der Allgemeinheit erparieren unter Berufung auf Ihre Worte und Taten. Dann wird es keine unterdrückten Nationalitäten und keine unerschrockenen Völker mehr geben, und das deutsche Volk wird bereit sein von der Schmach und Schande, die diese kapitalistischen Grundbesitzer, Spekulationen und Rechtsverdränger ihm beizubringen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Kämpf erklärt den Ausdrück „gehässigkeit“ und habgierige Politik“ gegen eine Partei des Hauses für unzulässig.

Abg. v. Trampczynski (Pol): Die preussische Regierung gleicht dem Wanne, der da sagt: „Ich habe meine Frau verlobt, ich habe sie morgen, ich habe sie mittags, ich habe sie abends, und sie läuft doch fort!“ (Große Heiterkeit.) Die Aufschlagskommission treibt gegenüber offenen Singenarr. Wenn die preussische Regierung von dieser Politik abläßt, sind auch wir zum Frieden bereit. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Krumm (Dänisch, Sp.): Wir werden uns an der Debatte über die rein preussische Angelegenheit nicht beteiligen. (Gr. Heiterkeit.)

Abg. Dr. Paschke (Fortf. Sp.): Wir enthalten uns der Teilnahme, weil der Antrag in seiner jetzigen Fassung staatsrechtlich ein Novum ist. Für die Handhabung eines preussischen Gesetzes können wir nicht den Reichskanzler, sondern nur das preussische Staatsministerium verantwortlich machen.

Abg. Ledebour (Soz.): Jede staatsrechtliche Handlung in einem Einzelstaat kann gegen die Verfassung verstoßen, und dann ist der Reichskanzler demgegenüber einzuschreiten. Das Enteignungsgesetz und seine Ausföhrung verstoßen gegen die Reichsverfassung, und die Abstimmung über den Antrag der Polen bietet die einzige Möglichkeit, eine Verletzung des unzulässigen Verhaltens der Reichsregierung gegenüber diesem Verstoß auszusprechen. (Beif. b. d. Soz.)

Demit schließt die Debatte. Des Hans vertagt sich. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Kameralische Abstimmung über den Antrag Brandes. Zweite Lesung des Fleischversorgungsgesetzes.) Schluß: 7 1/2 Uhr.

Kolisch sprechen konnten. 1911 gab es deren schon 20 000. (Hört, hört!) Mit einem Fremdwort nennt man das „Germanisierung“. (Große Heiterkeit.) Darüber sollte man sich entrüsten, daß hier in zwei benachbarten Gebieten die Sprache Goethes von der Sprache Shakespeares bedrängt wird. Aber die polnischen Arbeiter sind anspruchslos und in ihrer verdammtsten Bedürfnislosigkeit den Industriellen als Lohnbrüder und gottgewollte Streifbretter angenehme Gäste. (Sehr gut! b. d. Soz.) Eine andre Spielart der Galatisten sind die konservativen Großgrundbesitzer. Auf der Erde hier sagen sie, wir haben zum Beispiel Polen im Lande, aber haben auf ihrer Kutsche meinen sie, sie haben zu wenig Polen, und gleich Jahr für Jahr Hunderttausende von polnischen Arbeitern aus Rußland und Galizien herein. Den Import von billigem Schweinefleisch verhindern sie mit allen Mitteln, billiges Menschenfleisch können sie gar nicht genug importieren. Darüber kann sich nur wundern, wer nicht weiß, daß bei den Galatisten das Fortemannaie einen sehr großen Teil des Organismus ausmacht. (Große Heiterkeit.)

Die Galatisten wollen auch das polnische Bürgertum in den Städten ruinieren, indem sie die Städte mit deutschen Dörfern umgeben. Selbst wenn das Erfolg haben könnte, würde man doch nur eine Reihe polnischer Existenzen proletarisieren, man kann ihnen den polnischen Kramladen nehmen, aber nicht ihr polnisches Herz. (Sehr richtig!) Gegen die faminchenhafte Vermehrung der Polen, über die Fürst Bulow geklagt hat, kommt die Regierung nicht auf, wenn sie nicht alle männlichen Polen in den Zustand versetzen will, der für die männlichen Hofgarden des Sultans als Vorbedingung gilt. (Stürmische Heiterkeit.)

Warum hat die Regierung gerade jetzt das Enteignungsgesetz angewendet, während sie doch in den Tagen internationaler Spannung alle Volksteile beruhigen müßte? 1866 und 1870 schickte der General v. Steinmetz die Regimenter aus Polen unter den Klängen des „Mach ich Polen nicht verloren“ ins Feuer, die katalistische Ruffst der Enteignung wird weniger anfeuernd wirken. (Sehr richtig!) Aus den großen Umwälzungen im Orient könnte die preussische Regierung lernen, daß auch Urteile des Weltgerichts, das ja die Geschichte bildet, einer Revision unterliegen. Der Hauptfehler der Türken war

eine falsche Nationalitätenpolitik, der Versuch der gewalttätigen Osmanisierung. Die Galatisten jammern, daß die Umwälzung auf dem Balkan die Macht des Glanzentums gestärkt und die Polen ermutigt habe. Bismarck hat diese ganze Politik unternommen, um die Gefahr des Panlawismus zu bannen, als Hauptland durch den Zusammenstoß mit Frankreich übermächtig zu werden drohte. Der Erfolg der Politik ist Stärkung des Panlawismus.

Fürst Bulow verhielt die Enteignung solle nur zur Verteidigung des Deutschiums benutzt werden. Was ist denn nun geschähen? Schmieben die Polen hochherräterische Pläne, will Herr Sedda als moderner Thaddäus Kosciuszko seine Scharen gegen die Maschinengewehre führen? (Heiterkeit.) Heinrich Heine sagt: Die Handlungen eines Furchtjamen wie die eines Genies liegen außerhalb jeder Berechnung. Mancher hält den Reichskanzler vielleicht für ein Genie. (Große Heiterkeit.) Wir andern nehmen die andre Erklärung. Nun hat die preussische Regierung höchlich nicht Furcht vor den Polen, vielleicht aber vor den Polenstreffern, zu denen ja die Alldutschen gehören, denen die Regierung zu weich ist, die es nicht vermag zu zäumen, daß wir wegen Marokkos nicht Krieg mit der halben Welt geführt haben, und die es dem Reichskanzler nachtragen, daß er ihnen hier im November die Maske vom Gesicht gerissen hat. In der „Post“ schrieb Febr. v. Nestlé, daß das Vertrauen zur Regierung bedenklich erschüttert sei und auf den Nullpunkt sinken müßte, wenn auch der Kurs der Polenpolitik nicht festbliebe. Im Herbst darauf wurde die erste Enteignung vorgenommen. Sollte gar kein Zusammenhang bestehen? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung ist an die Enteignung wohl nur mit demselben Gefühl gegangen,

wie der Teufel aus Beismasser.

Uns Sozialdemokraten hängt das Wort „Enteignung“ lieblich ins Ohr. Es ist ein der sympathischsten Worte. Freilich ist diese Enteignung nicht sozialistisch, sondern höchstens anarchistisch. (Heiterkeit u. Sehr gut! b. d. Soz.) Denn sie wird gegen eine Nationalität und von einer kleinen Minderheit gegen die Mehrheit vorgenommen. Aber die Konservativen und Nationalliberalen haben damit doch das Prinzip durchbrochen, auf dem ihre Gesellschaft sich aufbaute, das Prinzip von der Unantastbarkeit des Privatigentums. In der Praxis haben die Konservativen ja immer enteignet, ich erinnere nur an die Adertiere und Jenseitliche, die auf der Landstraße sehr energische Enteignungen vornehmen, und an die Enteignung des bäuerlichen Grundbesitzes. Aber in der Theorie, auf dem Papier, war das Privateigentum immer heilig, und der Jude Schlesinger, der unter dem Namen „Friedrich Julius Stahl“ als Vertreter des christlich-deutschen Staatsgedankens wirkte (große Heiterkeit), hat das Grundeigentum für das allerheiligste Volkswort erklärt. All das haben Sie (nach rechts) mit der Zustimmung zum Enteignungsgesetz veräuert. Und Sie haben sich so des moralischen Rechtes beraubt, über die Ziele Ihrer Gegner zu urteilen. Sie haben die Frage der Enteignung aus dem Bereich der Rechtsfragen in das der Machtfragen gerückt. Solange Ihr Eigentum noch von Bajonetten umgürtet ist, mag Ihnen das bedeutungslos erscheinen. Aber die Dinge ändern sich und wenn an die Enteignung gegangen wird, so wird Ihre kleine Enteignung von heute diese reaktionären, und man wird sich von Ihnen nicht so leicht im stillen sagen: Jetzt wird dir mit demselben Maße gemessen, mit dem du andre gemessen hast. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Kämpf kündigt an, daß die Abstimmung über den Antrag Brandes eine notwendige sein wird.

Abg. Graf Braschman (Str.): Es war falsch vom Reichskanzler, daß er sich hinter formale Einwände zurückzog. Die Regierung wird auf diesem Wege nie zum Ziele der Verhinderung der polnischen Bevölkerung kommen. Immer hinter wird die polnische Bewegung nach Osten ziehen und in die Industrieregionen überziehen. Die Polen werden exzitiert und radikalisiert noch dazu in einer Zeit, die eine unabhängige souveräne Bevölkerung verlangt. Das Enteignungsgesetz ist ein Spiel mit dem Feuer, wie es schlimmer nicht gedacht werden kann. Es gibt unüberwindbare Gründe, die weder ein Zwischmittel noch ein Aufwörter beibringen werden können. Wir werden dem Antrag der Polen zustimmen. (Beifall i. Str.)

Abg. Schlee (nall.): Wir werden die Beschneidung zurück, daß das Enteignungsgesetz der Reichsregierung widersteht. Der Grundlag der Enteignung ist nicht neu. Das Enteignungsgesetz hat früher gegenüber Preussen nicht anders gehandelt, und wie gehen die Polen jetzt gegen die Russen vor. Die Polen müssen sich dem gewöhnen, nicht Preussen aufzuringeln, sondern auf die Dauer zu sein. Wenn die Deutschen jetzt zum Boykott gegen die Polen gehen, so werden sie nur ein Mittel an, das die Polen gegen uns haben in der Kritik des vorigen Jahrhunderts angewandt haben. (Widerpruch bei den Polen.) Wir behandeln die Polen mit Gerechtigkeits und werden mit ihnen fertig werden, und auch mit Ihnen, meine Herren Sozialdemokraten! (Bravo! b. d. Konf.)

Abg. Graf v. Carnier (Konf.): Die Regierung ist hier so engagiert worden, daß man manchmal den Eindruck hätte, nicht in deutschen Reichstag zu sein, sondern in dem Parlament eines Landes, der der erbtätigste Grundbesitzer ist. (Sehr gut rechts.) Die ganze Frage gehört nicht vor den Reichstag, er mag sich heute eines ihm zugehörigen in die Rechte der Einzelstaaten übergeben. Die Polenpolitik hat Preussen allein zu verantworten und nicht das Reich. (Bravo! rechts.)

Am Antrag Sieg (nall.) wird beschlossen, die notwendige Abstimmung über den polnischen Antrag erst morgen vorzunehmen.

Abg. Dr. Paschke (Sp.): Wir bekennen die Verantwortung für den deutschen Parteitag. Die Ereignisse hat gesprochen, vorzüglicher Boden ist es, auf dem diese Dinge sich abspielen und preussischer Boden mag es bleiben. Aber die Enteignung ist nicht das richtige Mittel. Durch diese Enteignung des Eigentumsbesitzes haben Sie (nach rechts) der

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 26.

Magdeburg, Freitag den 31. Januar 1913.

24. Jahrgang.

Provinz und Umgegend.

Wolmirstedt-Meuhaldensleben.

Auf die am Sonntag den 2. Februar, nachmittags 3 Uhr, stattfindenden Mitgliederversammlungen der Filialen Gendorf, Meuhaldensleben, Dahlewarleben, Groß-Kummensleben, Wahldorf und Samswegen des Sozialdemokratischen Vereins sei hierdurch hingewiesen. Tagesordnung siehe im Inserat in der heutigen Nummer der „Volksstimme“.

Die Kreisleitung.

J. A. W. Ludwig, Obenstedt.

Westerhüsen, 30. Januar. (Beim Bildhauer Augustus.) Der Fabrikarbeiter Ernst Carius und der Hilfsarbeiter Hugo Carius wurden am 24. Oktober 1912, abends, in der Feldmark beim Bildhauer betroffen und verfolgt. Ernst Carius versuchte den Inspektor Witte und den Jagdaufseher Ferschland durch die Drohung: „Halt, oder ich schiße!“ zu nötigen, die Verfolgung aufzugeben. Das Schöffengericht zu Budau verurteilte ihn am 13. Dezember zu 3 Monaten, August Carius zu 2 Monaten Gefängnis, erklärte auch den beschlagnahmten Rucksack und ein Messing für eingezogen. Die von den Angeklagten eingelegte Berufung wurde vom Landgericht verworfen.

Alken, 30. Januar. (Unter Vergiftungserscheinungen gestorben) ist das 5jährige Schindchen des Genossen G. Die Hilfe des Arztes kam zu spät. Unaufgeklärt ist zurzeit, was das Kind gegessen oder getrunken hat.

(Eine hier seltene Gelegenheit, sich Wissen anzueignen,) bot der wissenschaftliche Vortrag, verbunden mit Tischbier, den am Dienstag Genosse Meenzen hielt. Er sprach über die Vorgeschichte des Menschengeschlechts. Der Vortrag gefiel den Zuhörern bis zum Schluß, der Beifall war äußerst lebhaft. Der Bildungsausschuß wird, durch den Erfolg angefeuert, in späterer Zeit noch öfter mit wissenschaftlichen Vorträgen dienen.

Alfshersleben, 30. Januar. (Nachklänge vom Streik in der Papierwarenbranche.) Der Maurer Herr Henneberg hatte Gelegenheit mit anzuhören, wie sich streikende Arbeiterinnen über das Verhalten des Barbiers W. Meyer, Stabsjurist Höbe, unterhielten. Meyer führt ein Barbiergeschäft. Während des Streikes der Papierarbeiterinnen trat er bei der Firma H. C. Westphalen in Arbeit. Zur Fortführung seines Geschäftes hielt er einen Gehilfen. Der Gehilfe nahm Veranlassung, sich bei Henneberg nach den Namen der beteiligten Frauen zu erkundigen. Dabei lenkte sich das Gespräch auf die Liebernahme der Arbeit durch Meyer bei der Firma Westphalen. Hierbei hat Henneberg seine Verwunderung darüber ausgesprochen, daß Meyer als selbständiger Barbierherr Arbeit in der Papierwarenfabrik übernommen und für sein Geschäft einen Gehilfen angenommen habe. Wenn die dort bisher beschäftigten Arbeiter mit dem Verdienst nicht bescheiden konnten, könne Meyer doch gleichfalls nicht bestehen. Die Arbeiter seien durch den geringen Lohn zum Streik genötigt worden. Die Bezeichnung Streikbrecher gegenüber dem Gehilfen für Meyer hat Henneberg nicht gebraucht. Der Gehilfe hat dann an Meyer berichtet, Henneberg habe ihn, Meyer, als Streikbrecher bezeichnet. Nach drei Tagen nahm Meyer selbst Veranlassung, wegen dieser Äußerung sich an Henneberg zu wenden. H. gab ihm zu erkennen, daß er über seine Tätigkeit bei Westphalen sich wohl geäußert habe, niemals aber die Bezeichnung „Streikbrecher“ angewendet habe. Meyer hielt die Behauptung des Gehilfen für wahr und drohte mit Anzeige. Henneberg entgegnete, daß es Meyer nur darum zu tun sei, ihn, Henneberg, zu schädigen. Weiter soll H. den Meyer mit Schlägen bedroht haben, wenn er ihn anzeige. Die gegen H. erhobene Anklage lautete auf Verleumdung und Nötigung. Das Urteil lautete auf 10 Mark Geldstrafe oder 2 Tage Gefängnis. Von der verurteilten Nötigung wurde H. freigesprochen.

Borne, 30. Januar. (Traurige Verhältnisse für Arbeiter) herrschen gegenwärtig hier. Die meisten Arbeiter müssen außerhalb arbeiten; 1½ Stunden Weges müssen sie früh zurücklegen, um nach ihrer Arbeit zu kommen; spät abends erst kehren sie wieder. Früher waren hier bessere Verhältnisse. Vor 40 Jahren waren sieben Kalkgeschäfte im Betrieb, die 100 Arbeiter beschäftigten. Sie verdienten 3,50 Mark pro Tag, von morgens 6 Uhr bis abends 6 Uhr bei ½ Stunde Frühstückspause, 2 Stunden Mittag und einer ½ Stunde Vesper. Alte Leute verdienten 2,50 Mark. Heute haben wir nur ein Kalkgeschäfte im Betrieb. Beschäftigt sind 28 Arbeiter, sie verdienen 2,50 Mark von morgens 6 Uhr bis abends 6 Uhr, haben ½ Stunde Frühstück, 1½ Stunde Mittag und ½ Stunde Vesper. Die ½ Stunde von der Mittagspause ist ihnen schon vor mehreren Jahren abgenommen worden. Mehreren alten Leuten ist gekündigt worden für den Winter. Die Nahrungsmittelpreise sind ums Doppelte gestiegen, die Steuerlast ist ohne Ende. Arbeiter, einigt euch, geht in die politische und gewerkschaftliche Organisation! Seid einig, dann muß es auch wieder anders werden!

Burg, 30. Januar. (Bildungsausschuß) In der gestrigen Sitzung ist ein Fehler untergelaufen. Statt 27. Februar muß es heißen 17. Februar.

(Verjähren) ist seit Mittwoch früh ein hiesiges Dienstmädchen. Die Herrschaft fand in ihrer Kammer einen Zettel, auf welchem das Mädchen mitteilte, es wolle sich das Leben nehmen. Jemandem Spur ist bisher noch nicht gefunden worden.

(Ungeheuerlich betrogen) haben sich zwei Arbeiter bei dem Soldatenball im Schützenhaus. Mit breitem Behagen berichtet das „Lageblatt“, daß man die Kirchförder gewaltig einnehmen mußte. Die jungen Leute hätten besser getan, sie wären der Kaisergeburtstagsfeier ferngeblieben. Arbeiter, besonders aufgeklaste Arbeiter, haben bei solcher Feierlichkeit nichts verloren. Solche Vorkommnisse werden den älteren Kollegen Gelegenheit geben, erzieherisch auf die jüngeren einzuwirken.

Halberstadt, 30. Januar. (Die Müllabfuhr.) Nachdem in der letzten Stadtvorordneten-Sitzung ein Uebereinkommen mit dem Hausbesitzerverein nicht zustande gekommen ist, sondern die Vorlage des Magistrats angenommen wurde, die Abfuhr an einen Fuhrunternehmer zu vergeben, wird jetzt bekanntgegeben, daß die Abfuhr des Mülls und der Fäkalien dem Fuhrunternehmer Westram, Kühlinger Straße 21, übertragen wurde. Die Unternehmer, die bis jetzt die Abfuhr besorgten, sind von jetzt an nicht mehr dazu berechtigt. Eine Ausnahme besteht für diejenigen Häuser, wo die Abfuhr direkt vom Hof aus geschickt kann, das heißt Häuser mit Vorweg. Diese Hausbesitzer können jeden beliebigen Fuhrunternehmer mit der Abfuhr beauftragen.

(Feuer.) Am Dienstag abend wurde die Feuerwehre nach Lindenweg 24 gerufen. Dort war infolge eines Schornsteindefektes Feuer entstanden. Trotzdem das Feuer nur gering war und wenig Schäden verursachte, mußte die Wehre doch fast 2 Stunden tätig sein.

Milow, 30. Januar. (Weggehen gegen die Gewerbeordnung.) Der Kaffierer Wilhelm Weber und der Kontrolleur Friedrich Wiere zu Rathenow gehören zum Vorstand des Konjunkturvereins für Rathenow u. Umg. Sie richteten zu Milow eine Filiale ein, in der auch der Kleinhandel mit Branntwein betrieben wurde, ohne daß die Konzeption dazu nachgehakt war, und ohne daß Gewerbe zur Vertriebssteuer anzumelden. Das Schöffengericht zu Wustrow verurteilte die Angeklagten daher am 2. Dezember 1912 wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung in Tateinheit mit Liebertretung des Steuergesetzes zu je 100 Mark Geldstrafe ein. 20 Tagen Haft. Die von ihnen eingelegte Berufung wurde vom Landgericht Magdeburg verworfen.

Neue Schleuse, 30. Januar. (Die Wahlvereinsversammlung) der Filiale Neue Schleuse, welche am Sonnabend tagte, war gut besucht. Die Vierteljahres-Abrechnung wurde ohne Debatte entgegengenommen. Den Bericht von der Gemeindevertreter-Sitzung gab Genosse Janell. Der in der letzten Sitzung gewählte Gemeindevorsitzer Herr Grosse, ebenfalls der erste Schöffe Herr Schwinge sind vom Landrat bestätigt worden. Der Vorsitzende sprach sodann über die Reichstagswahl in unserm Kreise, die bestimmt zu erwarten sei. Da die Gegner alles aufbieten, um uns das Mandat zu entreißen, forderte Redner zu eifriger Arbeit auf. Sämtliche Diskussionsredner gelobten, alles daranzusetzen, um den Sieg an unsre Fahne zu heften.

(Gemeindevertreter-Sitzung.) Nach einigen Mitteilungen erfolgte zunächst die Einführung des in letzter Sitzung gewählten Gemeindevorstehers Herrn Grosse sowie des ersten Schöffen Herrn Schwinge. Sodann wurde einer kleinen Änderung des Ortsstatuts zugestimmt. Ein Antrag des Gemeindevorstehers, Bewilligung der Kosten zur Beschaffung eines Amtszimmers nebst Einrichtung, Reinigung und Heizung, wird einer Kommission überwiesen, welche sofort das Erforderliche zu besorgen hat. Ebenfalls wird die Beschaffung eines Leichenfuhrwerks der Kommission übertragen. Von unsern Genossen wird noch Klage geführt über das furchbar schnelle Fahren von Automobilen durch den Ort. Es wird der Vorsteher ersucht, ev. dagegen Maßnahmen zu treffen.

Öcherleben, 30. Januar. (In einer öffentlichen Versammlung) spricht am Sonntag abend Reichstagsabgeordneter Brandes im Lokal des Genossen Levin, Bruchstraße. Massenbesuch ist erforderlich.

Salzwedel, 30. Januar. (Von den Kanalgebühren.) Nachdem das Oberverwaltungsgericht die Kanalgebühren-Ordnung der Stadt Salzwedel für ungültig erklärt hatte, wurde am 14. September 1911 eine neue Kanalgebühren-Ordnung unter Weglassung des beanstandeten Absatzes erlassen. Nach der Ordnung beträgt die Gebühr 4 Prozent des Mietwerts der angeschlossenen Grundstücke; durch gemeinsamen Beschluß der Stadtverordneten und des Magistrats soll aber der Satz geändert werden können. Das Gehalt für 1911, indem der Satz auf 8 Prozent erhöht wurde, abgesehen von bestimmten Ausnahmen. Der Bureauvorsteher Fränkel, für den die Ausnahme nicht zutrifft, sollte die 8 Prozent ebenfalls zahlen, indem ihm für zwei Grundstücke je 29,80 Mark angerechnet wurden. Er klagte auf Freistellung in Höhe der Hälfte des geforderten Betrags, d. h. in Höhe von 4 Prozent. Er machte geltend, der Beschluß auf Erhöhung auf 8 Prozent für 1911 sei ungültig, weil er vom Bezirksauschuß hätte genehmigt werden müssen, aber nicht genehmigt worden sei. Es könnte deshalb nur der ordnungsmäßige Satz von 4 Prozent in Frage kommen. Der Bezirksauschuß wies die Klage ab. Er nahm an, jener Beschluß, der durch die genehmigte Gebührenordnung zugelassen sei, hätte keiner besonderen Genehmigung bedurft. Das Oberverwaltungsgericht, bei dem Kläger seinen Einwand wiederholte, hob jedoch das Urteil auf und stellte den Kläger in der von ihm beanpruchten Höhe frei. Gründe wurden nicht verhandelt.

Schönebeck, 30. Januar. (Grünevalde und Ebenau mit Schönebeck vereinigt.) Vom Minister des Innern ist im Landtag eine Gesetzesvorlage in Aussicht gestellt, wonach die Einverleibung der beiden Dörfer mit Schönebeck nun endlich perfekt wird. Grünevalde hat sich besonders gegen die Vereinigung gestraubt. Es müßte aber nichts, jetzt werden die Gemeinden durch Staatsgesetz zusammengeführt.

Stendal, 30. Januar. (Öffentliche Versammlung.) Am Sonnabend spricht hier der Reichstagsabgeordnete Genosse W. K. Bönig (Dortmund) über die bevorstehenden Landtagswahlen. Unsere Parteimitglieder werden ersucht, für die Versammlung eifrige Propaganda zu treiben, damit wir einen vollen Erfolg zu Beginn des Landtagswahlkampfes erzielen.

Thale, 30. Januar. (Der „politische“ Arbeitergesangverein.) Gegen die Aufforderung des hiesigen Amtsvorstehers Schönebeck, daß der Arbeitergesangverein Statuten sowie die Namen der Vorstandsmitglieder bei Vermeidung einer Strafe von 50 Mark oder 1 Woche Haft einreichen sollte, weil der Verein ein politischer sei, hatte der Vorstand Beschwerde beim Landrat erhoben. Die Mähten der Verwaltungsinstanzen mahlen sehr langsam, aber sicher. Dem nach vollen 2 Monaten kam folgender prompter Bescheid:

Der Landrat. Quedlinburg, 17. Januar 1913. Die Beschwerde vom 21. November v. J. gegen die Verfügung des dortigen Amtsvorstehers vom 13. d. M., durch die Sie aufgefordert sind, die Satzung und ein Verzeichnis der Vorstandsmitglieder des Arbeitergesangvereins einzureichen, weise ich als unbegründet zurück. Die Mitglieder des Vorstandes sowohl wie auch die übrigen Mitglieder des Vereins gehören dem dort bestehenden sozialdemokratischen Volksverein an. Der Arbeitergesangverein tagt in der „Grünen Tanne“, einem Lokal, das als Versammlungsort der Sozialdemokraten allgemein bekannt ist, in dem nur Sozialdemokraten verkehren und nur sozialdemokratische Versammlungen abgehalten werden. Bei Veranlassung des sozialdemokratischen Volksvereins wie überhaupt der sozialdemokratischen Partei, auch in verschiedenen öffentlichen politischen Versammlungen der genannten Partei hat der Verein wiederholt mitgewirkt und dabei Vieder zum Vortrag gebracht, die nach ihrem Inhalt und ihrer Auswahl die Ansicht erkennen lassen, das Interesse der sozialdemokratischen Partei zu fördern. Nach dem Vermerk in Nr. 238 der „Volksstimme“ vom 11. Oktober 1911, in dem es u. a. heißt: Die gemeinschaftliche Sitzung der Partei, Gewerkschaften, Arbeitergesangverein, Turn- und Radfahrverein zur Regelung der Vergütungen und Arrangements für diesen Winter ist am 14. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Grünen Tanne“, steht der Arbeitergesangverein in engstem Zusammenhange mit der politischen Organisation der sozialdemokratischen Partei und berät gemeinsam mit dieser über die von ihm zu treffenden Veranlassungen. Nach alledem steht fest, daß der Arbeitergesangverein seine Tätigkeit nicht auf die Pflege des Gesangs und der Geelligkeit sowie das Besetzen von Mitgliedern beschränkt, sondern daß er mit den aus-geprochenen sozialdemokratischen Vereinen enge Fühlung hat, deren Parteifeste belebt und die Parteinteressen zu fördern sucht. Hiernach ist die Eigenschaft des Vereins als eines politischen Vereins festzustellen und demnach die Forderung des Herrn Amtsvorstehers auf Vorlage der Satzung und des Verzeichnisses der Mitglieder des Vorstandes auf Grund des § 3 des Reichsvereinsgesetzes als rechtlich begründet zu erachten. — Im übrigen bemerke ich noch, daß Ihre Behauptung in der Beschwerde, der Herr Amtsvorsteher habe neben dem Statut ein Verzeichnis sämtlicher Mitglieder des Gesangvereins gefordert, nicht den Tatsachen entspricht.“ gez. Jacobi.

An den Vorstehenden des Arbeitergesangvereins Herrn Forme H. W. in Thale. Die Begründung für den politischen Charakter des Vereins steht auf schwachen Füßen. 1. In der „Grünen Tanne“ tagen nicht nur sozialdemokratische, sondern gewerkschaftliche oder sonstige Vereinsversammlungen, welche in keinem Zusammenhang mit der sozialdemokratischen Partei stehen. 2. Es verkehren dort neben Sozialdemokraten Anhänger und Mitläufer aller bürgerlichen Parteien. 3. Der Gesangverein singt überall dort, wo er eingeladen wird, die Feste zu verschönern. Das würde er sogar beim Verein für Kaiser und Reich machen, nur würde er selbstgewählte Lieder dort singen. 4. Die Arbeiterlänger sind deshalb, weil sie Lieder mit freigeistlicher Tendenz singen, noch lange nicht Mitglieder der Partei. 5. Der Arbeitergesangverein hat keine Organisationsarbeiten für die Partei zu verrichten.

diese Tätigkeit besorgt der sozialdemokratische Volksverein. 6. Gemeinschaftliche Sitzungen aller in der „Grünen Tanne“ tagenden Vereine zur Regelung ihrer Vergütungen müssen immer stattfinden, weil diese nicht an einem Tage abgehalten werden können. Hierbei ist Rücksicht zu nehmen auf die zur Verfügung stehenden Räume sowie den Wirt. 7. Sollten die angeführten Gründe des Landrats genügen, einen Vergütungsverein zu einem politischen zu stampeln, dann müßten alle bürgerlichen Vereine, welche in anderen öffentlichen Lokalen tagen, ebenfalls für politisch erklärt werden. Zum Beispiel haben die Gesangvereine „Arion“ und der „Hüttengesangverein“ zu der großen Feier des Vereins für Kaiser und Reich am 25. Januar d. J. im „Archhaus“ mitgegangen. Der Verein ist der nationale Wahlverein, also sind die beiden Gesangvereine — nach der behördlichen Begründung — politisch, sie müssen Vorstandsnamen und Statut einreichen. 8. Die Leiter der konfessionsnationalen Partei verkehren in den hiesigen bürgerlichen Lokalen, mithin sind alle dort tagenden Vergütungsvereine politisch. 9. Sozialdemokraten verkehren nicht nur in der „Tanne“, sondern in allen Lokalen in Thale. Sozialdemokratische Wähler sitzen in allen bürgerlichen Vereinen. Beweis 1909 abgegebene sozialdemokratische Stimmen bei der letzten Reichstagswahl, demnach können circa 100 politische Vereine in Thale in Betracht. — Der Arbeitergesangverein wird aber, ob politisch oder nicht politisch, trotz alledem weitergehen, die „Grüne Tanne“ wird auch noch bestehen bleiben, die Leute werden dort weiter verkehren und die gewaltigen Kraftleistungen gegen harmlose Arbeiter-Vergütungsvereine werden auch fernerhin erhebenden Unterhaltungsstoff bieten. Das ist die ganze Wirkung.

Wernigerode, 30. Januar. (Der goldene Lohn.) Einem Arbeiter der fürstlichen Domäne Schmalzfeld ist für 42jährige harte Arbeit das Allgemeine Verdienstzeichen übergeben worden, außerdem als ganz besondere Gratifikation bare 50 Mark. Auf das Jahr der Arbeit kommt 1,19 Mark Extralohn. Ja, der Fleiß und die Pflichterfüllung eines Landarbeiters bringt goldenen Lohn. Ob der Proletarier nun sorglos seinen Tagen des Alters entgegenhauert?

(Gestohlen) wurden einer Frau Wilmemann während ihrer Abwesenheit aus ihrer Wohnung 200 Mark. Als Täter kommt ihr Bruder, der Arbeiter H., in Betracht. H. wurde in Halberstadt festgenommen.

Bereine und Versammlungen.

Holzarbeiter.

Am Sonntag den 26. Januar tagte eine stark besuchte Versammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes im „Luisenpark“, um den Bericht von der Städtekonferenz entgegenzunehmen und Stellung zu nehmen gegen das Ultimatum des Arbeitgeber-Schutzverbandes. Verbandskollege Köppen ergriffte Bericht von der Städtekonferenz. Redner legte klar, warum es sich bei der diesjährigen Vertragsperiode handelt. Der Arbeitgeber-Schutzverband glaubt sich als den starken Mann aufspielen und den Holzarbeitern in den 52 Vertragsstädten die Lohn- und Arbeitsbedingungen diktieren zu können. Hiervon könnte aber keine Rede sein. Die Arbeiter lassen sich das Recht nicht nehmen, mitzubestimmen über die Arbeitsbedingungen. Als undiskutierbar muß auch das Vorhaben des Schutzverbandes zurückgewiesen werden, keine Arbeitszeitverkürzung einzutreten zu lassen unter 54 Stunden. Die Magdeburger Holzarbeiter fordern 1 Stunde Arbeitszeitverkürzung in der kommenden Vertragsperiode. Auch das Angebot der Unternehmer, 3 Pfg. Lohnerhöhung innerhalb 3 Jahren zu gewähren, wurde ins rechte Licht gerückt. Von der geforderten Lohnerhöhung könne nicht abgesehen werden; auch die Bestimmungen über die Zahlung der Montagegelder müßten im neuen Vertrag präzisiert werden. Denn was in anderen Städten schon lange möglich war, kann in Magdeburg nicht unmöglich sein. Die Ausführungen des Redners wurden vom Vorsitzenden Fless und vom Genossen Bauer noch ergänzt, der die Friedensliebe des Schutzverbandes ins rechte Licht stellte. Die Diskussionsredner waren alle darin einig, daß die Brüskierung des Schutzverbandes scharf zurückzuweisen sei, und billigten die Stellung der Vertreter auf der Städtekonferenz. Im Schlußwort zerstreute Genosse Köppen noch die Bedenken einzelner Diskussionsredner und forderte auf, ruhig den 15. Februar heranzukommen zu lassen. Die Magdeburger Holzarbeiter sind gerüstet, sie scheuen den Kampf nicht, mag er auch ein halbes Jahr dauern. In ihrer Einigkeit und Disziplin muß das Machtgelüste der Arbeitgeber zerbrechen. Einmütig wurde die vorgelegte Resolution angenommen. Diese gewaltige Kundgebung der Magdeburger Holzarbeiter, in der sich der Geist der Märztage von 1906 wiederpiegelt, möge den Herren Arbeitgebern eine Mahnung sein.

Briefkasten.

Öcherleben. Der Agartierprüfling hat sich einem Geschäftsmann gegenüber als dumme Junge betragen. Regt Sie das so auf?

L. G., Budau. 1. Je nach den Dienstjahren und der Gehaltsklasse des Betreffenden von 1926 bis 3000 Mark. 2. Nein.

Werben. Vollsfrage. Ihr Bericht trägt weder eine Unterschrift noch einen Stempelabdruck, er kann darum nicht kommen.

Honocant, Nummendorf. Der 14. Juli 1889 fiel auf einen Sonnabend.

W. S. 90. Dreyfus wurde im Dezember 1894 wegen Spionage und Verrats militärischer Geheimnisse an eine fremde Macht zur Degradation und Deportation auf Lebenszeit nach Cayenne verurteilt. Die Gefangenschaft auf der Teufelsinsel dauerte 4 Jahre. 1898 wurde Dreyfus, nachdem der Kassationshof das Urteil aufgehoben und die Sache dem Militärgerichtshof in Rennes überwiesen hatte, vor diesen Gerichtshof gestellt. Hier wurde Dreyfus von neuem verurteilt, allerdings unter Zuhilfenahme mildernder Umstände. Vom Präsidenten der Republik wurde Dreyfus begnadigt.

Thale. Ein „Auslandsbureau“ ist uns nicht bekannt. Reinetz sie ein Komplot?

Der grosse Erfolg beweist die hervorragende Qualität der **REVUE** Sulima-Cigarette

Der Meineidsprozeß eines Fliegers.

Leipzig, 20. Januar.

Einer der bekanntesten Flieger unserer Tage, der Ingenieur Eugen Wienziers hat sich seit Mittwoch unter der Anklage des Meineids und des betrügerischen Bankrotts vor dem Leipziger Schwurgericht zu verantworten. Neben ihm muß unter der Anklage der Beihilfe zum betrügerischen Bankrott die Witwe Josephine Henkel aus Oberkiesheim auf der Anklagebank Platz nehmen. Der zur Anklage stehende Meineid soll von Wienziers zum Schaden der Deutschen Fliegergesellschaft in Johannisthal in einem Offenbarungseid geleistet worden sein. Der Fliegersaal ist überfüllt. Unter den geladenen Zeugen befindet sich der bekannte Flieger Otto Böhmer, andre Flieger, ferner Offiziere, Direktoren, Kapitänen, Kaufleute aus Johannisthal, Berlin, Karlsruhe, Dresden, Stuttgart usw. Wienziers ist ein großer schlanker Mann von blassem Aussehen im Alter von 33 Jahren. Er hat eine theoretische und praktische Ausbildung als Zimmermeister empfangen.

Lange Erörterungen in der Verhandlung drehen sich um die Frage, ob er berechtigt sei, den Ingenieurtitel zu führen den Wienziers mit großer Bestimmtheit für sich in Anspruch nimmt. Er erzählt dann, wie er in die Automobilbranche hineinkam und sich dem Rennsport zuwandte. Dann wurde er Aviatiker und war als solcher im In- und Ausland viel auf Reisen. Er will, sobald er von dem gegen ihn wegen Meineids und betrügerischen Bankrotts erlassenen Steckbrief Kenntnis bekommen hatte, sich sofort der Leipziger Staatsanwaltschaft gestellt haben. Wienziers stellt jede Schuld entschieden in Abrede. Er hat sich mit der Tochter des vermögenden Leipziger Kommerzienrats Meyer in London trauen lassen, aber zu einer Zeit, als Erna Meyer noch nicht großjährig war. Der Vater klagt daher jetzt auf Ungültigkeit der Ehe mit der Begründung, daß seine minderjährige Tochter gegen seine Willen Wienziers geheiratet habe. Der Vorsitzende sucht festzustellen, ob Wienziers von seiner Frau größere finanzielle Unterstützung erhalten hat, was Wienziers aber bestritt; nur einmal habe er zum Geburtsstag ein goldenes Armband zum Geschenk erhalten und dann kleinere Präsente während der Unternehmung. Wienziers will, soweit er seinen Lebensunterhalt nicht durch seine Einnahmen als Flieger decken konnte, von der Witwengeldbesitzerin Henkel, bei der er in Berlin lange Zeit wohnte und mit der er in intimer Verkehr stand, dauernd Unterstüzungen bekommen haben. Deshalb sei er der Henkel auch stark verpflichtet gewesen und seine Gesamtschuld schließlich auf 20 000 Mark abgerundet worden. Diese Schuld habe er von sich abwägen wollen und daher alles, über das er verfügen konnte, der Henkel übergeben. Die Forderungen der Henkel hätten tatsächlich bestanden; von einer Eichebung, die die Anklage annimmt, könne keine Rede sein und infolgedessen könne auch durch Verschweigen von Vermögensobjekten bei der Leistung des Offenbarungseids kein Meineid von ihm geleistet worden sein.

Die Witwengeldbesitzerin Henkel bestritt diese Angaben Wienziers', der bei ihr jahrelang gewohnt und dem sie wiederholt Geld geliehen habe. Sie habe aber nicht nur dieses geliehene Geld nicht wiederbekommen, sondern Wienziers habe ihr auch nicht das Hof- und Logisgeld bezahlt. Der Vorsitzende hält Wienziers wiederholt vor, daß er seinen Grund gehabt habe, sich so viel im Ausland aufzuhalten, wenn er in Deutschland ein reines Gewissen gehabt hätte. Wienziers erwidert darauf mit einem langen Vortrag über seine Differenzen mit der Fliegergesellschaft „Albatros“, deren Apparate ihm nicht zulagten, da er aber durch Vertrag gebunden war. Nun seien ihm aber in der Zwischenzeit wegen seiner günstigen Flugleistungen von ausländischen Gesellschaften wiederholt Anerbietungen gemacht worden, die er schließlich akzeptierte. Der aus diesen Differenzen entstandene Rechtsstreit der Albatros-Gesellschaft mit Wienziers gelangte zur Verleugung. Wienziers bestritt, daß die Gesellschaft durch ihn irgendwelchen Schaden erlitten hätte. Er habe dann mit einem Wiener-Apparat große Erfolge erzielt und die große Flugwoche 1911 brachte ihm einen Gewinn von 25 000 Mark. Nachher nahm er die Stellung als erster Pilot bei den Deutschen Fliegerwerken in Leipzig ein, die ihm aber nach seiner Ansicht auf Betreiben seines Schwiegervaters, gehindert wurde. Seitdem sei er hellsichtig gewesen und habe von den Unterstüzungen der Frau Henkel gelebt. — Damit war die Vernehmung des Angeklagten Wienziers beendet und es wurde in die Zeugenvernehmung eingetreten. — Hg.

Kleine Chronik.

Ein gefährlicher Heiratschwindler.

Ein Heiratschwindler hat in der letzten Zeit drei Berliner Damen um insgesamt etwa 100 000 Mark geschädigt. Er machte die Bekanntschaft dieser Damen bald als Regierungsassessor, bald als Assistent eines hervorragenden Ministers, und verleitend es, unter verschiedenen Vorwänden den Damen größere Summen

herauszulassen. In einem Falle handelt es sich um 25 000 Mark, in einem andern um etwa 30 000 Mark. In dem dritten Falle hat er die betrogene Frau um ihr ganzes Vermögen gebracht. Nach dem Heiratschwindler wird gefahndet. —

Selbstmord im Waffensladen.

Ein Schmiedegeselle in Sebnitz bei Bautzen, der in einer dortigen Eisenhandlung angeblich Waffen kaufen wollte, lud einen vorgelegten Revolver und erschoss sich vor den Augen des Publikums. Es war ein Steckbrief hinter ihn erlassen worden, weil er seinen Bruder in Reichenberg (Böhmen) erschlagen hatte. —

Die brennenden Wurfgeschosse.

Auf einem Weid in Hiersfeld bei Düsseldorf trieben einige junge Leute Unfug, indem sie sich gegenseitig mit brennendem Papier warfen. Dabei wurde ein an dem Unfug unbeteiligter Lehrling getroffen. Sein blutiger Anzug fing Feuer und der junge Mann erlitt so schwere Brandwunden, daß er im Krankenhaus, wohin man ihn brachte, gestorben ist. —

Sieben Brandstifter verhaftet.

Einem großen Feuerversicherungsbeitrag zum Schaden der Pöfener Provinzialfeuerlozistik ist man in Wrotzchen im Kreis Wirtzig auf die Spur gekommen. Die 2500 Einwohner zählende Stadt Wrotzchen wurde innerhalb von 6 Wochen über zwanzigmal von Bränden heimgegriffen, so daß schließlich der Verdacht der Brandstiftung auftauchte. Ein Pöfener Kriminalbeamter logierte sich unter falschem Namen als Versicherungsagent in Wrotzchen ein, und es gelang ihm in kurzer Zeit, seine Recherchen so weit zu bringen, daß sieben Einwohner wegen Brandstiftung verhaftet werden konnten. Weitere Verhaftungen stehen bevor. —

Vandalentat an einem Gemälde.

Am Mittwoch mittag trat in der berühmten Terjakow-Gemäldegalerie in Moskau ein junger Mann in Gegenwart mehrerer Besucher auf das Gemälde Repins „Jar Johann der Grausame als Mörder seines Sohnes“ zu und zerschritt es mit einem Messer geradezu in Fetzen. Dieses Gemälde Repins ist eines der bedeutendsten charakteristischen Werke der russischen Malerei, das bei seinem Erscheinen auf der Ausstellung im Saaldepot 1835 in Petersburg ungeheures Aufsehen hervorrief. Das Gemälde machte damals einen erschütternden Eindruck auf die Zuschauer, die täglich zu vielen Tausenden kamen, um die furchtbare Szene auf sich wirken zu lassen. Damals kaufte Terjakow das Gemälde für seine Galerie an und wurde dafür von der Presse gefeiert, die diesen Untat als Tat bezeichnete, weil unter der Bureaukratie Stimmen laut wurden, die die Vernichtung des allzu realistischen Bildes forderten. Der junge Vandal wurde verhaftet und erweist sich als ein gewisser Valajchov. Man nimmt an, daß er geisteskrank ist. Repin, der in der Umgegend Petersburgs auf seiner Villa weilt, wurde von der Untat telephonisch unterrichtet. —

Aus einer Offizierszelle.

Recht eigentümliche Familienverhältnisse und geistige Anomalien deckte ein Prozeß wegen verurteilten Gattenmordes auf, der vor den Geschwornen von Ascoli Piceno (Mittelitalien) mit einem Freispruch endete. Angeklagt war die 23jährige Frau des Hauptmanns Lambertenghi, ihrem Gatten durch Verabreichung eines mit Sublimat vergifteten Bierpunches nach dem Leben getrachtet zu haben. Die Angeklagte gab an, eine Sublimatpille in dem Punch aufgelöst zu haben; ihre Absicht wäre aber nur die gewesen, ihren Mann auf einige Tage krank zu machen, damit er sie nicht weiter mißhandeln könnte. Aus dem Zeugenthor ging hervor, daß die Ehe sehr unglücklich war. Der geistig offenbar ganz anormale Ehegatte schrieb z. B. seiner Frau täglich lange Briefe, auch wenn sie einander mehrmals am Tage sah, und verlangte, daß sie ihm täglich antwortete. Der rein platonische Freundschaftsbund mit einem Leutnant, den die sentimentale Frau unterhielt, brachte den Hauptmann so außer sich, daß er die Frau körperlich mißhandelte und sie wiederholt aufforderte, Selbstmord zu begehen. Zu diesem Zwecke gab er ihr feinen Dienstreiber und die Tube Sublimatpillen, aus der die Frau das Sublimat für ihren Anschlag entnahm. Nach der Aussage des früheren Vurche, die dieser auch bei der Konfrontation mit dem Hauptmann aufrechterhielt, hat der Gatte seine Frau genötigt, zu Abortuszwecken heiße Senfbäder zu nehmen. Charakteristisch für das Familienmilieu ist der Umstand, daß die Offiziersfrau selbst diese Angelegenheit dem Vurche gelagert hatte! Die Sachverständigen stellten fest, daß es sich bei dem Anschlag um einen Versuch mit ungeeigneten Mitteln handelte. Der Geschmack des Bierpunches schloß es von vornherein aus, daß der Offizier ihn trinken könnte, die Dosis war an sich unzulänglich und durch Darreichung mit einem Gegengift, mit Eiweiß, fast ungefährlich. Die psychiatrischen Sachverständigen waren sich darüber einig, daß

die Frau gleich nach der Tat in eine Art Stumpf sinn verfiel, wahrscheinlich im Zustand völliger Unzurechnungsfähigkeit gehandelt habe. Sie machte in der Tat den Eindruck eines verträglich und wenig intelligenten Kindes. Der Staatsanwalt selbst bezeichnete die Angeklagte als Opfer ihres Mannes, den er ein Anormalen nannte, einen schlechten Bürger und unwürdigen Offizier. Er zog die Anklage zurück, worauf die Geschwornen nach einer Beratung von wenigen Minuten die Frage der strafrechtlichen Unzurechnungsfähigkeit einstimmig bejahten. Man darf nun nicht gierig sein, ob der Offizier, dessen durch den Prozeß entthüllten Privatleben ihn als einen durchaus anormalen und auch gefährlichen Menschen kennzeichnet, weiter in der verantwortungsvollen Stellung eines Kompaniechefs belassen werden wird. —

Eingegangene Druckschriften.

Nicht verlangte Ausleihungen werden nicht zurückgeliefert. Besprechungen vorbestimmte hier angeführten Bücher und Schriften sind auch durch die Buchhandlung „Wolffsche“ und deren Kolportage zu beziehen.

Wie die Wetter schlagen. Ein Kulturbild aus dem Ruhrgebiet von G. Werner (Essen a. d. Ruhr). Preis 40 Pfg. Diese Broschüre zeigt, wie die Grubenbesitzer des Ruhrreviers mit den Steigern und Arbeitern umspringen, wie Gefahren der Tiefe erhöht und Unfälle herbeigeführt werden. Der letzte Teil schildert, wie das Koalitionsrecht der Grubenbeamten von den Besitzern und staatlichen Behörden bergewaltsam wird. Die Broschüre, die Zustände aufdeckt, wie man sie bisher im Deutschen Reich nicht für möglich gehalten hat, dürfte zu vielen Erörterungen Veranlassung geben. —

Im Verlag von J. G. B. Dietz Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: Geschichte des Sozialismus in England von M. Beer. XII und 512 Seiten Großformat. Preis 6 Schilling 60 Mark, gebunden 7 50 Mark. Aus dem Inhalt hervor: Erster Teil. Wirtschaftliche Revolution, Sozialkritik und Sozialismus. Von 1750 bis 1824. Zweiter Teil. Periode des Chartismus. Von 1825 bis 1854. Dritter Teil. Neueste Periode. Von 1855 bis 1912. Der Verfasser schreibt Vorwort unter anderem: Das vorliegende Buch will eine sammenhängende Geschichte des sozialistischen Denkens und Strebens sowie der politischen Arbeiterbewegung Großbritanniens seit ungefähr 1750 bis Ende 1912 geben. Es ist sowohl für die Arbeiter wie für soziologische Fachleute geschrieben. Es war leicht, dieser Doppelaufgabe gerecht zu werden und die Symmetrie des Buches zu wahren. Ich hoffe jedoch, daß die Lösung nicht misslungen ist. Der denkende Arbeiter dürfte in dieser Buche nur auf wenige Stellen stoßen, die über sein Verständnis hinausgehen. Ebenso dürfte der Fachmann eine wenig lückenhafte Einsicht in die sozialtheoretischen Probleme Großbritannien der letzten 150 Jahre gewinnen als aus anderen Schriften über denselben Gegenstand. —

Ein Haushaltungsgeheimnis.

Es gingen drei Frauen auf den Markt. Die erste sagte: Butter ist mündentuer! Die zweite fügte hinzu: Ein Zammer ist die dritte sagte: Na, es geht an, ich kann nicht klagen.

Da meinten die erste und die zweite, daß sie nur Prozeret, sehr wohlhabende fänden die Butter teuer. Sagte die dritte: wenn ihr gewöhnliche Butter kauft! Ich kaufe Aromin, das ist bei weitem billiger. Aromin ist Butter nach Geschmack, Aroma und Sümmlichkeit, es ist aber Margarine dem Preise und dem Namen nach legeres, weil es nicht ausschließlich aus Milchfett, sondern zum Teil auch aus Pflanzenfett besteht, welches mit fetter, süßer Vollmilch vollständig verbuttert wird, daß es alle Eigenschaften feinsten Molkebutters annimmt. Auch der Feinschmecker vermag es von solcher Butter zu unterscheiden, weder auf Butterbrot noch in Butter Sauce oder Buttergebäck.

Eine Probe beweist es, und da in sämtlichen Geschäften, Wert darauf legen, immer die besten Waren zu führen, Aromin haben ist, so ist diese Probe leicht zu machen.

Man kaufe Aromin und bringe es auf den Tisch, niemand kann glauben wollen, daß es etwas andres ist, als teuerste Molkebutter. Führt es ein Geschäft wirklich nach nicht, so lasse man sich um irgendeine andre Margarine als „auch recht beliebt“ aufreden, sondern man gehe in ein andres, sonst erlebt man eine Enttäuschung. Oder man schreibe eine Postkarte an die Aromin-Werke G. m. b. H. Berlin SW 68, worauf man sofort ganz kostenlos eine ausführliche Probe und ein Verzeichnis der hiesigen Verkaufsstellen zugesandt erhält.

Inventar-Räumungs-Verkauf!

Die übriggebliebenen Bestände voriger Saison sowie Muster-Coupons der Frühjahrs- und Sommer-Saison gelangen zu

anerkannt billigsten Preisen

jetzt zum Verkauf.

- Herren-Anzugstoffe — Paletot-Stoffe
- Konfirmanden-Anzugstoffe
- Hosenstoffe — Seidene Westenstoffe
- Damen-Kostümstoffe

Bitte Schaufenster beachten!

Bitte Schaufenster beachten!

Tuchversandhaus Ohlrogge

Kronprinzenstraße 12



Der Streik der Maschinisten auf den Fischdampfern ist zu Ende

Preissturz in Seefischen

Sie machen ergebenst auf die vom Magistrat veröffentlichten Preise für meine Seefischverkäufe auf den Wochenmärkten aufmerksam.

Diese Preise gelten auch für mein Ladengeschäft. Zum Verkauf gelangt nur feinste, blutreiche Nordseeware.

L. Püttelkow

Fernsprecher 2074. Seefisch-Spezialgeschäft. Jakobstraße 47.

Singer-Nähmaschine, tabellos gut laufend, 15 Mk. Goldschmiedebrücke 5, L. 159	Leb., junge, linke Aufwartung gesucht Friesenstr. 33, 2. Eing. I.	Odeon-Sprechmaschinen (potentiell, Zeitabgabe geteilt) Gut gelungene Aufnahmen u. Autoliebchen — Arbeit Maffeler — Der liebe August — Fraulein Schweidemei — herrliche Wirtin in Ebonplatten a. 2.00 Mk. Post. Platten Platt 2.00 Mk. 1.00 Mk. Reparatur. sehr bill.
<h3>Billige Fleisch-Offerte!</h3> <p>1. Rindfleisch zum Kochen a. Pfd. 80., bei 2 Pfd. a. 75., 2. Schmorbraten Pfd. 0.90-1.00; Hammelfleisch a. Köcher Pfd. 70.; 3. Schmorbraten Pfd. 80.; Schweinefleisch (Schinken, Raten, Blatt u. Bauch) nur Pfd. 90.; Kalbfleisch Pfd. 80.; Gschacktes Pfd. 80.; Rotwurst, Leberwurst, 80.; 250 Pfd. nur 80. — Alles nur hiesige Schlachthofware.</p>		
<h3>Theodor Berkholz</h3> <p>Tischlerkrugstraße 17, drittes Haus von der Jakobstraße.</p>		

